



Der Sperrmüll aus dem Hochwassergebiet bei Deggendorf.

FOTO: WEIGEL/DPA

Wer wann was wusste

Nach der Flut spitzt sich Streit über ungenaue Warnungen zu

Passau/Rosenheim – Der Streit über eine möglicherweise zu kurze Vorwarnzeit vor dem Hochwasser erreicht nun die Staatskanzlei. Die Stadt Passau weist Aussagen des Umweltministeriums wiederholt zurück, sie habe Informationen des Hochwassernachrichtendienstes nicht oder nur unzureichend weitergegeben. In einem offenen Brief bitten Oberbürgermeister Jürgen Dupper (SPD) und die Leitung des Krisenstabs die Bevölkerung, sie möge „ihre Kritik an die Stellen des Freistaats Bayern“ richten, „die für etwaige Defizite in den Vorhersagen verantwortlich sind“.

Am Mittwoch bereitete die Stadt ein Schreiben an Ministerpräsident Horst Seehofer vor, in dem sie darlegte, „was wir gewusst haben und vor allem: Was wir nicht gewusst haben“, wie der städtische Sprecher Herbert Zillinger sagte. Seehofer wird darin gebeten, dem Sachverhalt nachzugehen. Das Umweltministerium hatte den Vorwurf, die Stadt Passau falsch oder zu spät über die dramatische Entwicklung der Pegel informiert zu haben, schon am Wochenende zurückgewiesen. Nun wird der Ton schärfer. „Öffentliche Schuldzuweisungen sind fehl am Platz. Sie helfen den betroffenen Bürgern und den Einsatzkräften vor Ort, die hervorragende Arbeit geleistet haben, nicht weiter“, sagte eine Sprecherin von Minister Marcel Huber (CSU). Stattdessen müssten nun Gespräche folgen, in denen alle beteiligten Fachleute „in Ruhe analysieren und gegebenenfalls Schlussfolgerungen daraus ziehen“.

Gegen Kritik des Kabarettisten Sigi Zimmerschied (siehe Interview) setzt sich die Stadt Passau ebenfalls zur Wehr. Sie habe die Anwohner „stets aktuell“ über die „uns bekannten Prognosen des Wasserwirtschaftsamtes“ informiert. Öltanks mit einem Fassungsvermögen von weniger als 10 000 Liter lägen zudem in der Verantwortung des jeweiligen Betreibers. Die Stadt habe auf deren Sicherung keinen Einfluss.

Auch in Rosenheim wird über das Hochwasser gestritten. In einer Bürgerversammlung hatten Betroffene der Stadt vorgeworfen, sie zu spät oder zu ungenau über die anrückende Flut informiert zu haben. Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer (CSU) zeigt dafür Verständnis, auch wenn sie betont, dass alle bis an die Grenzen ihrer Kräfte gearbeitet hätten. Bei mehr als 1600 Helfern in der Stadt und 5000 im Landkreis seien zu viele widersprüchliche Informationen kursiert. Der Krisenstab habe keine Chance gehabt, alle Neuigkeiten auf ihre Richtigkeit zu kontrollieren. Man müsse es künftig schaffen, die Menschen differenzierter zu warnen. „Das bedarf eines Nachgesprächs“, sagt OB Bauer.

Die offiziellen Prognosen über die Pegelstände hätten in Rosenheim aber gepasst, sagt OB Bauer. Ihr Sprecher verweist darauf, dass in Rosenheim auch deshalb eine detaillierte Warnung schwierig sei, weil die Vorwarnzeit extrem kurz sei. „Die Mangfall kommt in sechzehn Stunden.“ Städte an großen Strömen hätten oft mehrere Tage Zeit, sich vorzubereiten. HEFF, WIW

„Die Informationspolitik war katastrophal“

Der Passauer Kabarettist Sigi Zimmerschied geht hart mit dem Hochwasser-Krisenstab der Stadt ins Gericht. Die Bürger seien nicht rechtzeitig über die tatsächlich zu erwartenden Wasserstände benachrichtigt worden

INTERVIEW: WOLFGANG WITTL

Passau – Von Geburt an lebt der Schauspieler und Kabarettist Sigi Zimmerschied, 59, in der Lederergasse in Passau. Er war einer von mehreren Hundert Einwohnern, deren Wohnung vom Hochwasser überspült wurde. In einem Leserbrief in der *Passauer Neuen Presse* hat Zimmerschied seinem Zorn nun Luft verschafft: Er wirft der Stadt schwere Versäumnisse vor.

Wer Ihren Brief liest, könnte meinen, der Krisenstab sei wie eine schlechte Kabaretttruppe aufgetreten. Warum sind Sie so sauer?

Sigi Zimmerschied: Die Informationspolitik war katastrophal. Die Stadt hat gegenüber Anwohnern mit Zahlen hantiert, die ängst überholt waren. Die haben die Feuerwehr durchgeschickt mit der Meldung: 3,50 Meter beim Inn. Da hatte ich vom Wasserwirtschaftsamt schon die Information: 3,40, Tendenz sogar steigend. Die Leute waren in einem Zustand gehalten, der sie handlungsunfähig gemacht hat. Da kommt keiner auf die Idee, sein Haus zuäumen. Ich habe weder dem Inn noch der Stadt getraut und sofort ausgeräumt.

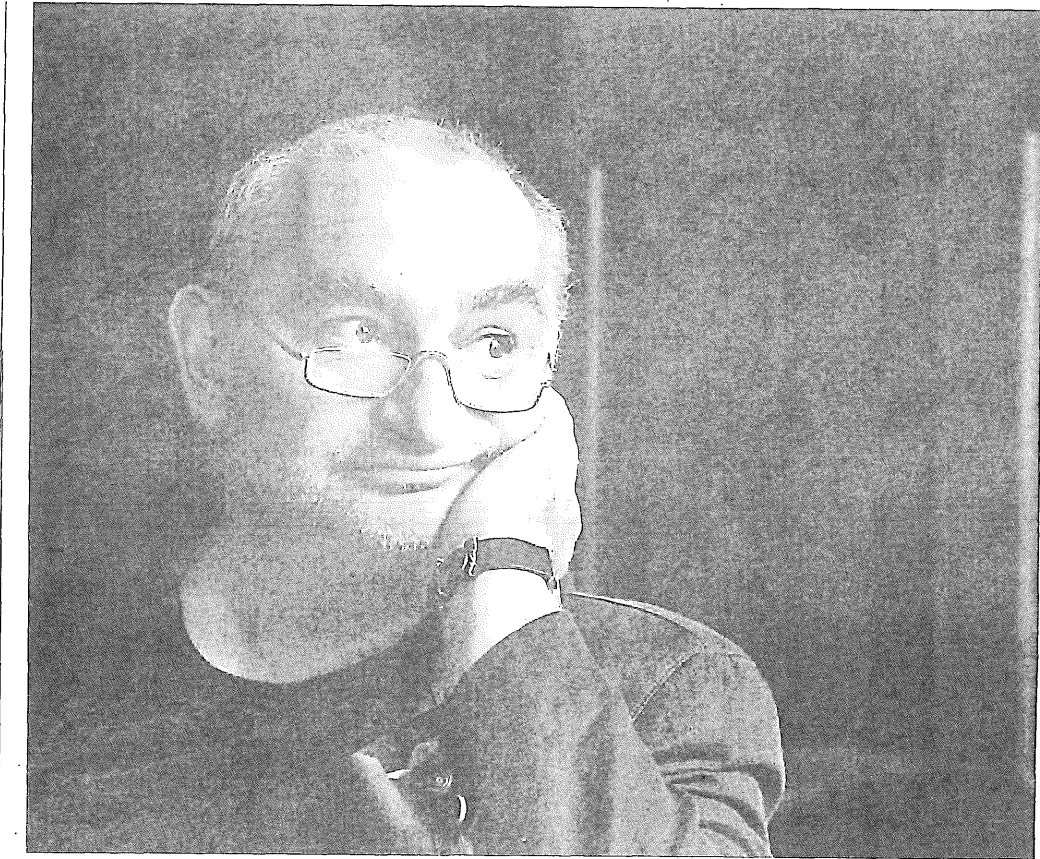
Sie haben sich sogar einen Lastwagen kommen lassen. Haben Sie Ihre Nachbarn nicht gewarnt?

„Der fahrlässige Umgang mit Öltanks war die zweite Katastrophe.“

Ich hab's denen natürlich gesagt. Aber wer glaubt dir das? Ein paar sind unserem Beispiel gefolgt und haben ebenfalls geräumt. Die meisten haben uns mit großen Augen angeschaut, als der Speditionswagen kam, weil sie immer noch den Ansagen der Stadt vertraut haben. Meiner, vielleicht haben die gesagt: Jetzt spinnt er, der Zimmerschied.

Die Stadt und das Umweltministerium reiten gerade, wer wann von welchen Geländen wusste.

Ich hab mit Sicherheit das Ministerium gewarnt. Wenn ich als Privatmensch den richtigen Wasserstand erfahre, dann muss das der Behörde zweimal möglich sein. Da geht ja ein Blick ins Internet. Wenn ich das



Das Hochwasser des Inns stand im Elternhaus von Sigi Zimmerschied bis in den ersten Stock. Der entstandene Schaden ist beträchtlich. Der Kabarettist glaubt nicht mehr an versprochene Verbesserungen beim Hochwasserschutz. FOTO: VOLKER DERLATH

mit zwei Anrufen herausfinde, dann ist das kein Krisenstab mehr, sondern dann ist der ganze Stab eine Krise.

Sie halten der Stadt einiges vor: Verdrängungskunst, Fahrlässigkeit, Ignoranz. Sie klingen fast wie ein Wutbürger.

Ist es denn nicht ignorant, wenn ich mit falschen Zahlen hantiere? Es ist ja fast schon zynisch, wenn ich fünf Tage später auf meine Website schreibe – wie es die Stadt getan hat –, jetzt geht es wieder rund in Passau, die Schäden sind weggeräumt, die Schönheiten wieder zu besichtigen. Das ist Verdrängung. Wenn Sie bessere Worte dafür finden, können Sie sie gerne schreiben.

Eine weiteres Problem war das ausgelaufene Öl. Sie wundern sich, wie eine Verwaltung einerseits in einem Hochwassergebiet Öltanks erlauben kann, andererseits aber gerne die Durchmesser von Mülleimern festlegt.

Wir haben zwar das Mobiliar ausgeräumt, aber das Öl saugt sich in die Wände und Decken. Mein Elternhaus ist ebenfalls bis in den ersten Stock betroffen, der Schaden geht in die Hunderttausende. Man muss ganze Decken und tragende Konstruktionen

auswechseln. Man kriegt den Geruch ja nicht mehr raus, wenn er mal im Holz ist. Dabei hätte man die Öltanks in den verbleibenden 48 Stunden absaugen können. Dieser fahrlässige Umgang war die zweite Katastrophe nach der Informationspolitik.

Sie sprechen von Farce und Hohn: Hat die Stadt denn nichts richtig gemacht?

Es scheint, dass man dort mit den Aufgaben wächst. In der Nachbearbeitung wird alles Menschenmögliche getan. Was man nicht oft genug lobend erwähnen kann, ist das, was die Studentenschaft auf die Beine gestellt hat. Das war berührend und beeindruckend. Angeblich haben sich sogar die Leute vom Krisenstab dort informiert.

Warum haben Sie die Stadt nicht mit Ihren Erkenntnissen von einem höheren Pegelstand konfrontiert?

Hab ich doch. Ich hab so eine Sammelnummer angerufen, um die Stände abzugleichen. Der Mann am Telefon hat dann gesagt: Ja ja, das sei schon eine Katastrophe mit dem ganzen Hochwasser, weil er dann am Nachmittag um vier nicht heimgehen kann. Auch wenn es vielleicht witzig gemeint war, ist es in jedem Fall deplatziert.

Sie befinden sich gerade in ihrem Domizil in Österreich: Kehren Sie Passau nun etwa im Groll den Rücken?

In zehn Jahren bin ich 70. Ich weiß nicht, ob ich dann noch die Kraft für ein weiteres Hochwasser habe. Es kann sein, dass diese Summe aus Gewalt des Flusses und Ignoranz der Behörden so groß wird, dass man woanders hingeht. Aber das ist jetzt noch nicht absehbar.

Hochwasser spielt in Ihrem aktuellen Programm bereits eine Rolle. Zufall?

Ich beschreibe das Hochwasser aus Sicht eines Kindes. Und zwar das Phänomen, dass es immer ein tolles Ereignis war. Man hat fischen können, den Wasserstand messen – und es war die einzige Zeit im Jahr, wo die Erwachsenen nicht gestritten haben.

Ihr trostloser Ausblick lautet: Außer plattgesessenen Politikersesseln werde auch dieser Wahnsinn folgenlos bleiben.

2002 gab es das sogenannte Jahrhunderthochwasser, jetzt das Jahrtausendhochwasser. Wenn man sieht, was in dieser Zeit konkret am Inn passiert ist, das ist ja null. Wo soll da Hoffnung herkommen, dass das jetzt in den nächsten Schritten passiert?

Schwere Schuldzuweisung

Hochwasser: Hallitzky wettert gegen CSU

Deggendorf/Passau. (ta) Rund zwei Wochen nach der schweren Flutkatastrophe an der Donau in Niederbayern keimt die Diskussion auf, wer denn nun in der Politik die Verantwortung für die immensen Schäden trägt. In diesem Zusammenhang erhob der Passauer Grünen-Landtagsabgeordnete Eike Hallitzky am Mittwoch schwere Vorwürfe gegen die niederbayerische CSU. Sie trage die politische Verantwortung für die Deichbrüche an Isar und Donau bei Fischerdorf. „Es waren CSU-Politiker wie Erwin Huber, Weber und Bernreiter, die alle Warnungen vor den unzureichenden Deichen jahrelang in den Wind geschlagen hatten“, so der Abgeordnete. Die CSU habe unverantwortlich gehandelt, weil sie den Ausbau eines vernünftigen Hochwasserschutzes an den Donauausbau gekoppelt hat. Die Kommunen an der Donau seien quasi in Geiselschaft für die allein von der CSU gewollten Staustufen genommen worden.

Der Vorstand der Gesellschaft der

Bayerischen Binnenschifffahrt bezeichnete es hingegen als dreist, dass nun versucht werde, zwischen der Hochwasserschutzkatastrophe und der Diskussion um den Donauausbau einen ursächlichen Zusammenhang herzustellen. In einer Pressemitteilung wurde erklärt, dass in den letzten 15 Jahren zwischen Straubing und Vilshofen knapp 30 Hochwasserschutzmaßnahmen fertiggestellt und weit über 100 Millionen Euro verbaut wurden. Alle diese neuen Projekte hätten den Fluten standgehalten. Es habe in der Vergangenheit nicht am Geld oder am Willen zur Umsetzung des Hochwasserschutzes gefehlt. Dass es mancherorts nicht noch schneller ging, dafür macht die Gesellschaft die Dauer der Verfahren verantwortlich. Ein bis zwei Jahre habe es oft gedauert, bis der erste Spatenstich erfolgen konnte. „Und die meisten Einwendungen kamen von denen, die heute versuchen, den Donauausbau zum Schuldigen zu erklären“, heißt es in der Stellungnahme.

BUNDESPRESSEPORTAL

PARTEIÜBERGREIFEND & BÜRGERNAH

(BPP) Grünen-MdL Eike Hallitzky wirft der niederbayerischen CSU vor, die politische Verantwortung für die Deichbrüche von Isar und Donau bei Fischerdorf und Winzer zu tragen. „Es waren CSU-Politiker wie Erwin Huber, Weber und Bernreiter, die alle Warnungen vor den unzureichenden Deichen jahrelang in den Wind geschlagen hatten“, redet der niederbayerische Abgeordnete Klartext. Hierfür habe es vor allem einen Grund gegeben, so Eike Hallitzky: „Die CSU nahm mit der Kopplung des Hochwasserschutzes an den Ausbau der niederbayerischen Donau die Kommunen in Geiselhaft für die alleine von der CSU dort gewollten Staustufen.“

Bürgermeister wie Josef Thalhammer aus Niederalteich hätten seit vielen Jahren einen modernen Hochwasserschutz gefordert seien damit immer wieder auf taube Ohren bei CSU und Staatsregierung gestoßen. Mit Ihrer unverantwortlichen Koppelung von Hochwasserschutz und Donauausbau hätten gerade der ehemalige Minister Erwin Huber und der Landrat des Landkreises Deggendorf, Christian Bernreiter, die Gefahr von Deichbrüche fahrlässig in Kauf genommen. Eike Hallitzky: „Die politische Verantwortung für die Schäden in einer Größenordnung von rund 500 Millionen Euro liegt bei diesen Herren.“

Eike Hallitzky vermutet zudem, dass erhebliche Flutschäden hätten vermieden werden können, wenn die seit Jahren ausgearbeiteten Pläne für mehrere Flutpolder in der Nähe von Ingolstadt und Regensburg umgesetzt worden wären. Und auch das Staustufen-Management sei sorgfältig zu analysieren. Aus der scharfen Auseinandersetzung zwischen der Stadt Passau und der Staatsregierung folgert Eike Hallitzky: „Zum einen hat es hier massive Mängel in der Kommunikation gegeben. Mindestens genauso dramatisch ist aber, dass bisher offensichtlich keine Hochwasserprognosemodelle existieren, die den betroffenen Kommunen frühzeitig Wahrscheinlichkeitsszenarien zur Verfügung stellen würden.“

Holger Laschka
Pressesprecher
Tel. 089/4126-2734, -2736, -2684
Fax 089/4126-1762
Maximilianeum, 81627 München
E-Mail: presse@gruene-fraktion-bayern.de
Internet: www.gruene-fraktion-bayern.de

Redaktion



Das BundesPressePortal (BPP) ist ein parteiübergreifendes und bürgernahes Presseportal für Bundes-, Landes-, Bezirks-, Kreis- & Orts-Parteien in Deutschland.

Grundsätzlich denken, handeln und arbeiten wir nach dem Presse-Kodex. Presse-Meldungen die auf dem BundesPressePortal erscheinen, werden mit ganzer Leidenschaft und voller Hingabe von der Redaktion unterstützt und zusätzlich in Ihrem persönlichen Facebook- & Twitter- Kanal an Tausende von Freunde und Follower geteilt. Beseelt von der Idee: Politische Botschaften ALLEN Bürgern auf VIELEN Wegen zugänglich zu machen, veröffentlichen wir alle Meldungen zusätzlich in unseren Social-Media-Kanälen und in weiteren Verbreitungs-Kanälen wie z. B. Xing und einem täglichen Newsletter.

Um Presse-Meldungen auf dem BundesPressePortal zu veröffentlichen, senden Sie diese an redaktion@bundespresseportal.de (Bitte kein PDF). Grundsätzlich ist die Veröffentlichung von Presse-Meldungen auf dem BPP **kostenlos** (siehe AGB).

Unsere Redaktion ist ein eingespieltes Team. Jahrelange Erfahrung im Aufbau und in der

Betreuung von unterschiedlichen News-Portalen unterstreichen unseren Erfolgsfaktor. Besonderen Wert legen wir darauf, Nutzern stets als persönlicher Ansprechpartner zur Seite zu stehen. Das ist eine entscheidende Note, die uns von "unpersönlichen Internet-Portalen" abhebt.

Webseite: www.bundespresseportal.de

Details

Strasse	Dümpelsmühlstrasse 13
Stadt	Aschaffenburg
Postleitzahl	63743
Land	Germany
Telefon	06021-9200777

Soziales Netzwerk

Copyright © 2012 Bundespresseportal.de. Alle Rechte vorbehalten.

Deichbrüche waren „fast zwangsläufig“

Landrat Christian Bernreiter verteidigt das Krisenmanagement in der Hochwasserkatastrophe

Deggendorf. Der Landkreis Deggendorf hat eine Katastrophe von nicht gekanntem Ausmaß ohne Schaden an Leib und Leben überstanden. „Das ist bei den Wassermassen wirklich ein kleines Wunder. Niemand je zuvor hat diese Pegelstände bei uns miterlebt. Daher konnte niemand auf Erfahrungswerte zurückgreifen. Selbst der berühmte Hellscher hätte bereits vor dem Regen tätig werden müssen“, so Landrat Christian Bernreiter. Nichtsdestotrotz gab es auch Kritik am Krisenmanagement. Für den Krisenstab hat Bernreiter gegenüber der DZ Stellung bezogen.

Vorwarnung: Der Landrat wurde am 31. Mai, dem Freitag vor der Katastrophe, durch den Leiter des Wasserwirtschafts-amts informiert, dass es Starkregenereignisse geben soll, die in seiner Dienstzeit bisher so noch nie eingetreten sind. Damit war klar, dass ein großes Hochwasser kommen kann. Das Landratsamt informierte am Freitag um 11.30 Uhr alle Gemeinden. In der Nacht auf Sonntag fielen in den Alpen bis zu 200 Liter Regen auf den Quadratmeter. Am Sonntag um 9 Uhr (Pegelstand in Deggendorf 6,50 Meter) gab es eine erste Lagebesprechung mit Feuerwehr, Wasserwirtschaftsamt und Landratsamt. Um 15 Uhr zogen die Dammwachen auf, Einsatzkräfte begannen mit dem Füllen der Sandsäcke. Für 16 Uhr wurde der komplette Krisenstab einberufen.

Katastrophenalarm: Vereinzelt gab es Kritik am Zeitpunkt des Katastrophenalarms. Bernreiter verdeutlicht, dass bereits am 2. Juni um 16 Uhr der Krisenstab tagte. Auch unterhalb des K-Falls können dort alle Maßnahmen getroffen werden. „Um diese Zeit wurde von mir bereits der KBI Hans Schrimpf zum örtlichen Einsatzleiter bestellt. Die örtlichen Einsatzkräfte wurden für auswärtige Einsätze gesperrt. Auch wurde da bereits für Montagfrüh die Bundeswehr angefordert und alle Kräfte in Alarmbereitschaft versetzt.“ Der Pegel Deggendorf lag an diesem Tag um 17 Uhr bei 6,55 Meter und damit zwischen Meldestufe 3 und 4. „Es war völlig abwegig, zu diesem Zeitpunkt vorsorglich den K-Fall auszurufen. Das hätte Passau in den entscheidenden Stunden Kräfte blockiert. Es war aber absehbar, dass am Montagfrüh bei der Sitzung um 8 Uhr der K-Fall ausgerufen wird.“



Der Isardamm bei Fischerdorf am Dienstag, 4. Juni, gegen Mittag: Wenig später brach der Deich an dieser Stelle. – F.M. Birgmann

Deichverteidigung: Als die Prognosen von einem Scheitern von acht Metern ausgingen, wurde ab 3. Juni in der Früh mit der Bundeswehr der Deich an der Isarmündung ab Schöpfwerk Saubach mit Sandsäcken erhöht. Gleichzeitig wurde als Schutzmaßnahme ein Querschott zwischen Autobahn und Donaudeich beim Schöpfwerk Saubach eingezogen.

Als sich während des Tages die Prognosen nach oben entwickelten, wurde überall, wo es notwendig und möglich war, die Erhöhung der Deiche mit Sandsäcken fortgesetzt.

„Mir wurde am Montag (3. Juni; Anm. der Red.) signalisiert, dass im Fall der Fälle weitere Noideiche geschüttet werden können“, so der Landrat zur Situation in Fischerdorf. Das ist später auch geschehen: beispielsweise unter der Bahnbrücke oder auf der Autobahn. Der Wasserdruck wurde jedoch so groß, dass diese Kiesschüttungen weggespült wurden.

In der Nacht auf Dienstag stieg das Wasser in der Isar und Donau rasch an, so dass die Deiche an ihre Grenzen stießen. Über eine Million Sandsäcke wurden gefüllt und auf die De-

che aufgebracht. Tausende Bigbags wurden ebenfalls zur Deichsicherung eingebracht. Gegen 4.30 Uhr hat laut Krisenstab der Kommandeur der Bundeswehr den Deich an der Isar verlassen. „Es war ihm für seine Leute zu gefährlich“, so Bernreiter. Dies könne nur der Verantwortliche vor Ort entscheiden. „Entgegen anders lautender Gerüchte kann niemand im Landratsamt, auch nicht der Landrat, einen Deich aufgeben. Die Verantwortung dafür liegt beim Abschnittsleiter vor Ort. Das war auch in Niederaltelch nicht anders.“

Der Deich am Polder Auerwörth bei Winzer wurde ebenfalls am 4. Juni überspült. Kurz darauf ist der Deich gebrochen. „Das war zu dem Zeitpunkt, bei dem fast alle alten Deiche im Landkreis überspült worden waren. Die Verteidigung aller Deiche war an der Donau mit über 200 Kilometer Deichlänge bei diesem Ereignis nicht möglich“, erklärt Bernreiter.

Durch die beiden Deichbrüche sank in der Folge der Wasserspiegel deutlich, wodurch letztendlich weitere Risse verhindert wurden.

Gezielte Deichöffnungen: Immer wieder kochten Gerüchte hoch, dass Dämme im Landkreis absichtlich geöffnet worden wären, um für Entlastung zu sorgen. „Diese Frage wurde zu keinem Zeitpunkt an mich herangetragen“, sagt Bernreiter. Dies hätte noch zu verteerenderen Schäden führen können. Es wäre auch viel zu riskant und daher nicht möglich gewesen, die Isarau zu überfluten. Innerhalb der Deiche waren die Isarauen ohnehin unter Wasser. Flutungen im Bereich Isarmünd hätten Moos, Thundorf und Aicha erheblich gefährdet.

Evaluierungen: „Bei Scheitelprognosen von 8,40 Meter war uns klar, dass es zu Deichüberspülungen kommen wird und dadurch die Gefahr von Deichbrüchen sehr, sehr hoch, ja fast zwangsläufig ist“, betont Bernreiter. Am Abend des 3. Juni wurden zusammen mit den Experten der Wasserwirtschaft die Evakuierungen festgelegt. „Das stellte sich als goldrichtig heraus.“ In der DZ konnte man am nächsten Morgen bereits von den betroffenen Orten lesen. Das für die Evakuierungen zuständige Rote Kreuz konnte sich über Nacht vorbereiten. In Niederaltelch wurden z.B. pflegebe-

dürftige Patres noch in der Nacht in sichere Einrichtungen verbracht, ruft Bernreiter in Erinnerung. „Mitten in der Besprechung kam dann die Horrormeldung: prognostizierter Scheitel 8,77 Meter! Jedem war klar, dass kein Deich dem standhalten konnte. Unser Augenmerk galt, Leib und Leben zu sichern.“

Für die Evakuierung legte der Krisenstab folgenden Plan fest: Stark gefährdete Bereiche, die bei einem Deichbruch in Fließrichtung weggerissen werden könnten, Priorität 1 (z.B. Niederaltelch); Priorität 2 galt für Bereiche, in denen noch etwas Zeit zum Fluchten bleibt; Gebiete, in denen Menschen aus höher gelegenen Geschossen gefahrlos gerettet werden könnten, bekamen Priorität 3. Fischerdorf wäre Bereich 3 gewesen. „Für den Fall, dass der Isardeich versagt, wurden weitere Sicherungsmaßnahmen wie das Querschott ergriffen, damit zumindest genügend Zeit bleibt, die Bürger rechtzeitig zu verständigen.“

Als sich die Bundeswehr am Dienstagmorgen vom Deich an der Isar zurückzog, wurden die Bürger in Natternberg-Siedlung, Fischerdorf, Altholz und Scheuer aufgefordert, ihre Häuser zu verlassen. „Ganz nach unserem geplanten System. Es hat ja auch rechtzeitig funktioniert.“

Hatten in Fischerdorf die Autohändler wirklich genügend Zeit, die Autos zu evakuieren? Durften die Mitarbeiter wieder in den Ortsteil zurück, nachdem sie einmal hinausgefahren waren? „Die Frage kann ich nur schwer beantworten. Manche Händler haben nahezu alle Autos rausgebracht, andere weniger. Das kommt bestimmt auch auf die Anzahl an. Ob die Polizei die Leute nochmals zurückgelassen hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Und Evakuierung ist Evakuierung. Wenn bei uns jemand nachgefragt hätte, hätten wir sicherlich eine Lösung gefunden. Der Weg über die Maxbrücke war von der Gefahr sicherlich überschaubar.“

Autobahnsperre: Die Autobahn wurde sofort gesperrt, als der Noideich zu brechen drohte und das Wasser über die Fahrbahn lief, heißt es aus dem Landratsamt zur A 3, auf der Fahrzeuge von den Wassermassen eingeschlossen worden sind. Geschwindigkeitsbeschränkungen und Warnungen hatten schon im Vorfeld gegolten. – wei

Schutzkonzept gegen Hochwasser

Bei Thundorf soll der Deich erhöht, bei Aicha zurückverlegt werden – Stellenweise zweite Deichlinie geplant

Von Gabi Schwarzbözl

Osterhofen. Der Raum Osterhofen hat beim Hochwasser großes Glück gehabt, das ist allen Bürgern im südlichen Landkreis wohl bewusst. Nur wenig hat gefehlt, und der Deich wäre bei Ruckasing gebrochen und hätte den nebenliegenden Ort sowie Blainberg und die Dörfer um Arbing, Endlau, Schnelldorf bis hinunter nach Herzogau und Langkünzing in der Nachbargemeinde überschwemmt.

Jetzt geht es darum, den Hochwasserschutz auszubauen. Am Dienstag hat im Landratsamt eine erste Versammlung von Landrat Christian Bernreiter, den Bürgermeistern der Donauanrainer, darunter Osterhofens Stadtoberhaupt Liane Sedlmeier, sowie Michael Kühberger, Leiter des Wasserwirtschaftsamts Deggendorf, und Detlev Aster, Beauftragter des Bundesverkehrsministeriums für den Donauausbau, stattgefunden. Dabei wurde das Hochwasser-Schutzkonzept Straubing-Weilshofen speziell für den Landkreis Deggendorf vorgestellt.

Mit der Entscheidung der bayerischen Staatsregierung im Januar für den Donauausbau nach Variante A wird die Schiffsfahrtsstraße im Bereich der Mühlhamer Schleife nicht ausgebaut. Hier ist nur der Ausbau des Hochwasser-Schutzes vorgesehen. Bislang gibt es auf der Osterhofener Seite zwischen Isarnlind und Pleinting den HW 100, also einen Schutz, der ein 100-jährliches Hochwasser abhält, nur am Kraftwerk Pleinting, weiß Michael Kühberger. Dafür habe damals der Kraftwerksbetreiber selbst gesorgt. „Der Rest ist noch nicht ausgebaut“, so der Amtsleiter.



Der Deich bei Ruckasing hat beim Hochwasser glücklicherweise gehalten. Im Zuge des Hochwasser-Schutzkonzepts soll hier das Bollwerk erhöht werden. – Foto: Schwarzbözl

Einziges Ausnahmestück sind 300 Meter südlich von Mühlham: Dort wurde im Zuge des Ausbaus und der Verlegung der Kreisstraße DEG 28, der sogenannten Osttangente, 2007 der Damm um einen Meter erhöht. Zudem wurde eine Dichtung eingebaut, um die Standsicherheit zu garantieren. Der gefährliche Riss im Deich lag allerdings in dem Bereich, der nicht erhöht worden war.

Die Pläne zum allgemeinen Ausbau auf ein 100-jährliches Hochwasser liegen mit Abschluss der EU-Studie bereits fast in Planfeststellungstiefe vor, erläutert Kühberger. Deshalb können die entsprechenden Planfeststellungsverfahren bald beginnen. Die Bürgermeister forderten in der Sitzung am Dienstag vehement, dass dies in allen Bereichen zeitnah erfolgt.

Allerdings seien angesichts von mehr als 200 Kilometer Deich, der ausgebaut werden soll, Priorisierungen nötig, schildert der Wasserwirtschaftsamtsleiter.

Die ersten Maßnahmen finden im Oberlauf statt, wo sich Niederaltich als besonders gefährdetes Gebiet herausgestellt hat. Damit verbunden ist der Ausbau zwischen Thundorf und Moos wegen des Mühlbachs, so Michael Kühberger, während der Abschnitt Osterhofen – Künzing nicht oberste Priorität haben werde.

Im Rahmen des Hochwasser-Schutz-Konzepts werden die vorhandenen Deiche allerdings nicht durchwegs einfach auf HW 100 aufgestockt, da dadurch die Wasserstände nur erhöht und die Situation für die Unterlieger verschlechtert würde. Vielmehr soll der Hochwasser-Ausbau laut Kühberger in

drei verschiedenen Stufen erfolgen: Wo nicht viel Platz ist, wird der Deich auf HW 100 erhöht. Dies ist der erste Baustein.

Zweiter Baustein: Wo mehr Platz vorhanden ist, wird der Deich zurückverlegt. Durch die so gewonnene Retentionsfläche reicht es, wenn die neuen Deiche dieselbe Höhe wie die alten erhalten, sie bieten dennoch Schutz für HW 100.

Dritter Baustein des Konzepts ist die sogenannte zweite Deichlinie: Hier bleibt der alte Deich erhalten, mit etwas Abstand wird ein zweiter, höherer Deich zum Schutz gegen 100-jährliches Hochwasser errichtet. Die Fläche dazwischen kann von der Landwirtschaft bestellt werden und wird nur bei besonderen Hochwasserereignissen wie dem von heuer überschwemmt.

Für den Raum Osterhofen

sind folgende Maßnahmen vorgesehen: Da bei Thundorf nur wenig Platz ist, erfolgt hier eine Deicherhöhung. Die Rückverlegung ist für Aicha geplant, um im Hochwasserfall die Wasserstände zu senken. Während zwischen Ruckasing und Polkasing die bestehende Deichlinie beibehalten wird, weil die Bebauung relativ nah ist, wird der Deich bis Ottach zurückverlegt. In Endlau wird er erhöht, während er flussabwärts bei Herzogau, Lenau zum Teil zurückverlegt wird.

Zur Vorstellung der Pläne werden Vertreter des Wasser- und Schifffahrtsverbandes, der RMD und des Wasserwirtschaftsamts wieder in die nächsten öffentlichen Gemeinderatssitzungen kommen. Dafür werden laut Detlev Aster, Beauftragter des Bundesverkehrsministeriums, derzeit die Termine mit den Kommunen vereinbart.

BN will den Flüssen mehr Raum lassen

Jahreshauptversammlung befasste sich thematisch mit Hochwasserschutz und Donauausbau

Mühlham. Auf der Biergarten-Terrasse genießen Gäste den lauen Sommerabend, davor fließt die Donau, als ob nichts gewesen wäre. Die schlammigen Spuren des Hochwassers sind im „Mühlhamer Keller“ beseitigt, doch in der Gaststube war die Flut am Dienstag nochmals ein Thema: Die Kreisgruppe Deggendorf im Bund Naturschutz in Bayern (BN) stellte ihre Jahreshauptversammlung unter den Schwerpunkt Hochwasserschutz und Donauausbau.

Die „Grüße von der frei fließenden Donau“, die die Vorstandsgesellschaft mit der Einladung verschickt hatte, waren nicht zynisch gemeint. Wie Kreisvorsitzender Georg Kestel zur Entschuldigung vorbrachte, hatte beim Versand Ende Mai noch keiner eine Ahnung von der bevorstehenden Flutkatastrophe. Den Rettungskräften, den Bürgermeistern, dem Krisenstab um Landrat Christian Bernreiter und dem Heer freiwilliger Helfer zollte Kestel Respekt und Anerkennung. Der Zusammenhalt der Menschen in dieser Notsituation habe ihn berührt.

Nachdem man die Gewalt des Flusses erlebt und erfahren habe, wie schwer die Flut zu bändigen ist, gehe es beim Hochwasserschutz nun vor allem darum, den Flüssen mehr Raum zu geben, „Breit statt Hochwasser“, nannte Kestel als Schlagwort. Dazu benötige die Wassernwirtschaft aber Flächen von Landwirten und Grundbesitzern, wobei der BN-Vorsitzende eine Enteignung nur als letzten Schritt sieht. In der Region dürfte die Ausweisung von Überschwemmungsgebieten, so Kestel, relativ unproblematisch sein, da 25 Quadratkilometer Land vor und hinter den Donaudeichen im Besitz des Bundes seien. Um Zeit für die richtigen Lösungen zu bekommen, sollten jedoch zunächst die beschädigten Dämme mit Spundwänden verstärkt werden.

Mit Fotos von der Hochwassersituation im Raum Deggendorf unterlegte Kestel sein Statement: „So etwas darf nie wieder passieren!“ Die Dammbüche hätten die Funktion von Retentionsräumen aufgezeigt, da der schnell sinkende



In der vollbesetzten Gaststube des „Mühlhamer Kellers“ hielt BN-Kreisvorsitzender Georg Kestel (l.) seinen Jahresbericht. – Fotos: Schiller

Wasserpegel die Situation anderswo entschärft. Ursächlich für die enormen Niederschlagsmengen sei eine „Fünf-B-Wetterlage“ gewesen: Ein Tief hockt über der Adria und saugt sich voll, ehe es dann an den Alpen und Mittelgebirgen abregnet. „Das war ähnlich wie 1954 und solche extremen Ereignisse werden häufiger“, prognostizierte der BN-Vorsitzende.

„Der Mensch hat die Flüsse eingeeengt“, stellte Kestel weiter fest. Da sich die Hochwasserschwelle deshalb schneller fortbewege, treffe sie im Zeitablauf mit den Scheitelwellen der Nebenflüsse zusammen, woraus dieser unglaublich hohe Wasserstand resultierte. In Passau etwa hätten sich die Wellen von Donau und Inn überlagert. Da im großen Einzugsgebiet der Donau lediglich 3,5 Prozent der Fläche durch Straßen und Bauten versiegelt seien, führt Kestel den rasanten Ablauf des Wassers auf natürliche Bodenverdichtung durch den Dauerregen zurück.

Einige Deichlinien seien zwar bereits auf das Niveau eines hundertjährigen Hochwassers (HW 100) ausgebaut, doch der Großteil der Dämme sei lediglich für ein HW 50 konzipiert und würde daher bei einem solchen Ereignis brechen. Dann läge nämlich z.B. der Pegel Holzkirchen nochmals um 70

Zentimeter höher als beim Hochwasser 2013. Wie Kestel betonte, müssten bei der Ausbauplanung aber auch die Gefahren für die Untertieflager bedacht werden. Da ein Hochwasser nicht nur von den Flüssen, sondern auch von den Bächen im Einzugsgebiet erzeugt werde, sprach er sich dafür aus, über eine entsprechende Agrarförderung die Bauern dazu zu bewegen, den Gewässern mehr Überschwemmungsflächen zu lassen.

Energisch trat Kestel Unterstellungen entgegen, der BN habe den Hochwasserschutz bei Fischerdorf verzögert oder behindert: Für einen Neufbau und die Rückverlegung sei noch nicht einmal das Planfeststellungsverfahren eingeleitet worden und in einer Naturschutzbeiratssitzung Ende 2012 habe der BN der von Planern und Behörden favorisierten Trasse ausdrücklich zugestimmt. „Wir müssen beim Hochwasserschutz unbedingt voran kommen“, sagt Kestel.

Als großen Schritt vorwärts zur „frei fließenden Donau“ sieht der BN-Vorsitzende den vereinbarten „Kompromiss zwischen Bundeskanzlerin Merkel und der niederbayerischen CSU“, den Hochwasserschutz vom Donauausbau nach Variante A abzukoppeln. Der Höhepunkt des Jahres 2012 sei diesbezüglich die Donau-Bereisung

mit der bayerischen Staatsregierung gewesen, bei der Ministerpräsident Seehofer festgestellt habe: „Auch des is Bayern!“ Ansonsten erinnerte Kestel in seinem Rückblick an die üblichen Veranstaltungen im Jahreslauf wie Donau-Kongress und -Schiffahrt, das Projekt „Danubia Sound“, das zeige, dass die junge Generation bereit stehe für den Widerstand, das Donau-Fest in Niederaltich oder den Umwelt-Aschermittwoch.

Geme investiere der BN auch in die Umweltbildung, die staatlich bezuschusst werde. Als Beispiele nannte Kestel die „Schatzkiste Donau“ oder das Schiff „Taka-Tuka“, mit dem Kinder auf Entdeckungstour gehen können. 2013 sollen Lebensräume und Artenvielfalt in einem Puzzle dargestellt werden.

Aktuell hat der Kreisverband 1700 Mitglieder. Die 42 angebotenen Veranstaltungen 2012 wurden von 2800 Teilnehmern besucht, von 53 angeforderten fachlichen Stellungnahmen wurden 16 zu wesentlichen Projekten abgegeben.

Nach dem Kassenbericht von Christian Baumann bescheinigte Kassenprüfer Reinhard Schwenk eine sparsame Kassenführung, durch die die Drehung ins Plus gelungen sei. Die Vorstandsgesellschaft wurde einstimmig entlastet.

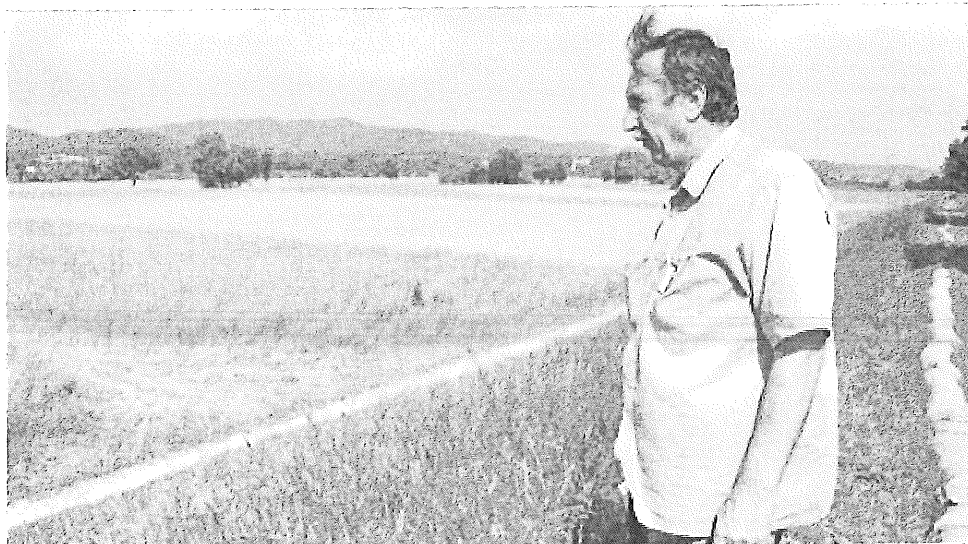
Unter Sonstiges wünschte sich Bruni Irber, dass der Zusammenhalt während der Flut auch beim Hochwasserschutz Bestand hat. Eine Besucherin regte an, die Agrarflächen wieder mit Hecken zu bepflanzen, was nicht nur Vorteile für die Ökologie hätte, sondern den Durchfluss des Hochwassers bremsen würde. Hubert Stelzl kritisierte, warum die Stauwerke an Isar und Donau nicht vor der Flut Wasser abgelassen haben, was dem Hochwasser die Spitzen genommen hätte. „Die RMD will auf kein Kilowatt Strom verzichten“, zog er daraus als Erkenntnis. Landwirt Alois Halser aus Aicha beklagte, dass bei einer Deichrückverlegung 85 Hektar wertvolles Ackerland in extensives Grünland umgewandelt würden. Dazu schlug Georg Kestel vor, in einer Gesprächsrunde mit allen Beteiligten die einzelnen Ansichten zu erörtern. – sch

Keine Dammschäden durch Biber

Im Raum Stephansposching und Plattling sind Deiche nicht untergraben

Steinkirchen. Im Schrittempo fährt Karl Schaffhauser den Donaudamm bei Steinkirchen entlang. Routiniert sucht sein Blick die Böschung nach verdächtig platt gedrücktem Gras ab. „Wäre ein Biber da raufgelaufen, würde man eine typische Schleifspur durch seine Kelle erkennen“, erklärt der Biberberater. Doch zu sehen ist nur von Menschenfüßen oder Enten plattgedrücktes Gras.

Das Biber hat zum Hochwasser an einigen Dämmen der Region noch ein zusätzliches Problem verursacht. Der Nager versucht, in den Damm neue Zugänge zu seinem Bau zu graben. Die Folge ist eine weitere Destabilisierung der aufgeweichten Dämme. Doch Schaffhauser und sein Plattlinger Biberberaterkollege Max Saxinger geben Entwarnung. Bisher konnten die Biberfachmänner keinen zusätzlichen Schaden in den Dämmen feststellen. „Die Isardämme bei Plattling sind gespundet und damit quasi Biber sicher“, erklärt Saxinger. Zudem sei das Wasser mittlerweile wieder in die Flussbetete von Donau und Isar zurückgekehrt, so dass es für Biber keinen Anreiz mehr gibt, einen neuen Zugang, der immer unter Wasser liegt, um das Eindringen von Feinden zu



Jeder verdächtigen Spur geht Biberberater Karl Schaffhauser nach, damit kein Elberschaden durch Grabungen am Donaudamm übersehen wird. – Foto: Wannisch

verhindern, zu ihrer Burg zu graben.

Wie groß die Schäden an den Feldfrüchten durch den Biber werden, lässt sich noch nicht abschätzen, so Schaffhauser. Viele Biber seien aufgrund der Wasserverschmutzung durch Öl verendet. Außerdem gibt es seit der Ausru- fang des Katastrophenfalls eine

außerordentliche Genehmigung, Biber zu schießen. Ein Antrag für den Abschuss eines jeden einzelnen Tieres muss damit nicht mehr gestellt werden. Die aktuelle Populationsstärke dürfte sich daher reduziert haben. Schaffhauser hat selbst bereits zwei Tiere erlegt: „Das war aber ein Gnadenschuss, denn beide waren erheblich ver-

letzt und wären so oder so verendet.“

Viele Biber – und das ist sonst ungewöhnlich – werden nun Opfer des Straßenverkehrs: nachdem das Wasser die Straßen überflutet hatte und zum Teil noch bis an die Fahrbahnen reicht, haben die Biber ihre Reviere erweitert. – vev

BRIEF AN DIE REDAKTION

Vermeidbare Katastrophe?

„Alle Damm-Ausbaugesner und -befürworter müssen sich jetzt ernsthaft fragen, hätte man die apokalyptische Katastrophe biblischen Ausmaßes wenigstens teilweise verhindern können? Ich meine ja! Fakt ist: Über 20 Jahre lang wurde mit Hick-Hack und Träumereien die Realität verleugnet. Die freifließende Donau mit ihren Nebenflüssen hat sich die Freiheit genommen, sintflutartig die Existenz tausender Menschen zu vernichten. Die Todes- und Zukunftssängste noch gar nicht mit einbezogen. Dies alles ist ein Fingerzeig der Schöpfung und als weitere Vorwarnung zu verstehen, endlich in dieser Sache Nägel mit Köpfen zu machen. Nur weitere Freiflächen für die Überflutungen zu installieren ist wieder nur eine halbe Sache. Es ist ein Unding, ja ein Witz, dass im 21. Jahrhundert nach wenigen Tagen die Dämme wie Wackelpudding aufweichen

und brechen. Chaos hoch drei als Folge! Es muss doch möglich sein, im Kern des Damms eine Stahlbetonwand einzugießen und der Spuk hat für die nächsten hundert Jahre ein sicheres Ende. Einfacher, sicherer und billiger geht's nicht! Warum wurde dies bisher nicht gemacht? Anfrage: Hatten die nachfolgenden Länder an der Donau, wie Österreich, Ungarn, Rumänien usw. keine Hochwasserkatastrophe – oder nur sicherere Dämme? Mir sind bisher keine Informationen bekannt.“

*Johann Dschinger
Osterhofen*

Leserbriefe sind Äußerungen des Verfassers und brauchen mit der Meinung der Redaktion nicht übereinzustimmen. Ein Anspruch auf Abdruck besteht nicht. Die Redaktion behält sich außerdem das Recht zu sinnwahren Kürzungen vor. Bitte geben Sie für eventuelle Rückfragen Ihre Adresse und Ihre Telefonnummer an. Im Internet unter www.pnp.de können Berichte der PNP auch online kommentiert werden.

KOMMENTAR

Nicht mogeln, Herr Huber!

Es soll jetzt kein Streit entstehen, schon gar nicht auf dem Rücken der Flutopfer und in Existenznot geratenen Menschen. Das wäre kleinlich und unangemessen. Aber da macht es sich ein bayerischer Minister schon wieder etwas arg leicht und nimmt sich aus der Verantwortung.

Wenn der Passauer Oberbürgermeister Jürgen Dupper nüchtern feststellt, dass die Hochwasservorhersagen völlig unzureichend waren und deutlich geringere Pegelstände an der Donau vorhergesagten, dann hat er einfach recht, nichts als recht.

Wenn der bayerische Umweltminister Marcel Huber das zurückweist und die Nichtvorhersage überdies mit den Unwägbarkeiten von Prognosen zu erklären sucht, dann schwindelt er sich seine Wahrheit zurecht. Oder er ist nicht informiert. Beides gleich schlimm. Und das in dieser bitteren Zeit der Not für viele. Da kommt einem die kalte Wut hoch angesichts von einem solchen Gedöns.

Noch am späten Freitagnachmittag des 31. Mai, vor jenem Wochenende, als sich die Katastrophe an der Donau aufbaute, hat die Redaktion die Meldungen und Prognosen über die zu erwartenden Pegelstände an der Donau intensiv gecheckt. (Man muss ja auch als Zeitungsredaktion auf alles Mögliche gefasst sein und sich darauf einstellen.) Sie sagten alle ein großes Hochwasser voraus, aber keine einzige ein katastrophales. Für Passau zum Beispiel wurden am 31. Mai maximale zehn Meter vorhergesagt, die in den weiteren Tagen erreicht wer-

den könnten. Für Straubing und Deggendorf etwa sieben Meter.

Das sind Pegelstände, mit denen die Stadt Passau lebt und die auch in den anderen Städten in der Vergangenheit mehrmals deutlich übertroffen wurden. Von einer möglichen Katastrophe war mit keiner Silbe die Rede – nirgends: von keinem Hochwassernachrichtendienst der kommunalen Behörden oder der Wasserwirtschaftsämter oder gar der bayerischen Staatsregierung. Die damaligen Prognosen des Hochwassernachrichtendienstes in Bayern zum Beispiel sind im Internet noch nachzulesen. Die Menschen sind gelassen ins Wochenende gegangen und sahen spätestens am Sonntagfrüh der Katastrophe ins Auge.

Natürlich wäre das Debakel auch so hereingebrochen – mit und ohne exakte Prognose. Aber eine optimierte Vorbereitung wäre möglich gewesen. So wurden die Menschen und mit ihnen die Rettungsorganisationen stehenden Fußes überrascht.

Wir haben schon angekündigt, es nicht zuzulassen, dass sich irgendwer aus der Verantwortung stiehlt. Wir entlassen auch Sie daraus nicht, Herr Staatsminister Huber. Glauben Sie nicht, dass Sie uns Niederbayern so billig abspesen können. Ihre Antwort an den Passauer OB ist unverfroren bis schmutzilig. Ein Fall für den Ministerpräsidenten.

Kleine Preisfrage zum Schluss. Wäre Dupper nicht Sozialdemokrat, sondern Christsozialer – ob sich dieser Showdown auch aufschaukeln hätte? Es ist schließlich Wahljahr. Bernhard Stuhlfelner

Mückenbekämpfung hat schon begonnen

Genehmigung ist da: Der Bauhof ist bereits unterwegs – Mittel vorerst für 50 Hektar Wasserfläche vorrätig

Platting. Das Hochwasser geht langsam, mit den Folgen werden Bewohner, Stadt und Landkreis aber noch lange zu kämpfen haben. Eine ist bereits zu spüren: Die Mücken kommen. Am Freitag ist von der Regierung die Genehmigung zur Bekämpfung bei der Stadt eingegangen – und sofort war Bauhofleiter Alfred Reichl ausgerückt. Vorausschauend, so informierte Bürgermeister Erich Schmid am Montagabend im Stadtrat, waren bereits für 50 Hektar der Wirkstoff (B.t.i.) besorgt und vom Bauhof die nötigen Voruntersuchungen durchgeführt worden.

Nicht sicher gesagt werden könne jedoch, ob und inwieweit damit eine Mückenplage tatsächlich abgemildert werden kann: „Wir lernen“ sagte Schmid dazu, der sich gewünscht hätte, „dass wir schon im letzten Jahr hätten üben dürfen“.

Ausführlich schilderte er den Stadträten, dass schon 2010 gemeinsam mit Deggendorf, Witzler und Moos ein Gutachten in Auftrag gegeben und dann bei der Regierung eingereicht worden war. „Nicht weit genug“ geht ihm allerdings, was nun in der Genehmigung steht. So sei eine Bekämpfung „sinnlos“, wenn die Naturschutzgebiete ausgenommen werden müssten, be-

tonte Schmid. Diese Woche werde nun aber ein weiterer Bescheid erwartet – wegen des Hochwassers samt Gebietsausweitung auf alle betroffenen Kommunen.

Beim Wirkstoff B.t.i. (*Bacillus thuringiensis israelensis*) handelt es sich nicht um Gift, sondern um ein Eiweiß, einen Futterstoff, den die Mückenlarven nicht vertragen. Er ist für Bienen, Krebse, Flöhe etc. unschädlich, darf allerdings nur nach genauen Richtlinien ausgebracht werden: Nur zweimal im Jahr, maximal 400 Gramm pro Hektar Wasserfläche und nur auf nicht permanenten Wasserflächen,

nannte Schmid einige der Vorschriften. Der Bekämpfung müssen ein „Monitoring“, eine Beobachtung und fünf Schöpfproben aus der Brut vorhergehen. Es findet nun demnächst für Mitarbeiter und Ehrenamtliche eine Schulung statt, um auch wirksam und gezielt bekämpfen zu können.

Alle Stadträte freuen sich, dass nun endlich bekämpft werden darf – wenngleich man sich „für heuer noch keine großen Chancen“ (Karl-Heinz Astner, FW) erwartet. Er will „nichts versprechen, was wir nicht halten können“. Als „absurd“ bezeichnete es Georg Weiß (SPD), mit der Kübelspritze, quasi per

Hand, vorzugehen. Doch entgegnete der Bürgermeister, dass für einen Hubschrauberinsatz nur eine große Fläche in Frage komme und selbst in den Rheinauen „mit der Hand“ begonnen wurde, um Erfahrungen zu sammeln. Denn es müssten die unterschiedlichen Zeiten behandelt werden.

Den Erfolg einzuschätzen, werde ohnehin schwierig, so Franz Geisberger (CSU): „Was wäre, wenn nicht gespritzt worden wäre, das wird man nie wissen“. Wichtig sei nun vor allem, dass überhaupt endlich gespritzt werden dürfe. – cat

Hochwasserschutz mit aller Kraft vorantreiben

Plattling hat 130 000 Euro Soforthilfe ausbezahlt – Die Stadt plant ein Helferfest – „Hydraulische“ Info im Stadtrat

Plattling. Das Hochwasser, wie es dazu kam und was wirklich passiert ist, versuchte Bürgermeister Erich Schmid dem Stadtrat am Montagabend „hydraulisch“ zu erklären. Geprägt war die Sitzung auch vom Dank an die Helfer. Alle drei Fraktionen schlossen sich dem Dank an. Sie betonten auch, dass sie hinter alle Maßnahmen der Stadt im Zusammenhang mit dem Hochwasser – von der Absage des Käse- und Speckfests bis hin zu den geplanten Ehrungen mittragen.

Am Samstagvormittag, 1. Juni, seien alle vier Wehre an der Staustufe geöffnet worden – und das „ohne Vorwarnung“. Deshalb sei auch das Isarufer nicht gesperrt worden, weshalb Schmid den Kanuten, die mit ihren Autos aus den Fluten gerettet werden mussten, nicht die alleinige Schuld zusprach. Irgendwo müsse die Informationskette unterbrochen worden sein, merkte Karl-Heinz Weiß (FW) an, denn er hatte bereits am Freitagabend in einem Nachrichtensender gehört, dass alle Stauwehre geöffnet würden. In Plattling kam diese Nachricht offiziell aber nie an.

Ausführlich ging Schmid auf die weitere Entwicklung der Katastrophe ein, vom Bruch des Isardammes auf Deggendorfer Gebiet bis zu dessen erfolgreicher Schließung, 51 Millionen Kubikmeter Wasser seien in das Gebiet eingeflossen.

42 000 Euro auf dem Spendenkonto

In Plattling waren bzw. sind insgesamt 24 Anwesen vom Hochwasser betroffen: Elf in



Um eine derartige „Sintflut“ (hier der Blick vor zwei Wochen vom Singerhof Richtung Fischerdorf) künftighin zu vermeiden, sei die Politik gefordert, um den versprochenen Hochwasserschutz endlich umzusetzen, forderte SPD-Fraktionsvorsitzender Georg Weiß. Die Bayerische Staatsregierung hat dafür nun bereits die Mittel erhöht. – Foto: Wurzer

Holzschwaig, fünf in Scheuer und acht in Altholz. Alle seien rechtzeitig evakuiert bzw. gewarnt worden. Bisher wurden bereits 130 000 an Soforthilfe an die Betroffenen ausbezahlt. Auch wurden von der Stadt Bautrockner und Container rechtzeitig bestellt und zur Verfügung gestellt.

Doch die Betroffenen benötigen noch viel mehr Hilfe. Auf dem Spendenkonto der Stadt sind bereits über 42 000 Euro eingegangen, dafür ist das Stadtoberhaupt dankbar. Bevor das Geld verteilt wird, solle aber erst abgewartet werden, was von staatlichen Programmen und

Versicherungsleistungen zu erwarten ist. Für eine Verteilung sollte eine Richtlinie, ein Schlüssel erarbeitet werden. Die Fraktionen werden dazu jeweils einen Vertreter stellen.

Ebenso wie später auch alle drei Fraktionsvorsitzenden dankte das Stadtoberhaupt allen Helfern, egal ob von Organisationen entsandt oder freiwillige und private. Für sie alle solle es in einigen Wochen ein „Helferfest“ geben.

Besonders stolz zeigte sich Schmid auf die „gut ausgebildete Feuerwehr“. Die FF Mitglieder aus Plattling, Fankofen und Pflaumschwaig hätten, ebenso wie die

BRK Wasserwacht, „Tag und Nacht“ gearbeitet. Und so regte er an, diese Organisationen beim Ehrenamtsempfang im Herbst noch einmal besonders zu ehren. „Als Dank und Ansporn“. Auch da stimmten alle Fraktionen zu.

Lob galt auch den Stadtwerken, die rechtzeitig den Strom abgestellt hätten, um weiteren Schäden vorzubeugen. Nun seien sie unermüdlich damit befasst, die beschädigten Trafos und Zähler zu reinigen und auszutauschen, damit die Anwesen bald möglichst wieder mit Strom versorgt werden können.

Wie geht es weiter? Man müsse sich nun mit aller Macht dafür einsetzen, den Hochwasserschutz fertigzustellen, nicht nur den provisorischen Deich wieder zu sichern, sondern auch in Steinkirchen und Winzer. „Das hat jetzt Vorrang“, sind sich alle Stadträte einig, damit „so etwas nicht mehr passieren kann“.

Gemeldet haben sich auch Freunde aus den Partnerkommunen, Scharnitz in Tirol und Selkirk in Schottland, und ihre Anteilnahme bekundet. „Das hat gut getan“, sagte Schmid, der für seinen Einsatz diesmal auch ausdrücklichen Dank von der SPD-Fraktion erhielt. – cal

Deiche und Polder

Hochwasserschutzmaßnahmen in Niederbayern – Kritik vom BN

Straubing/München. (ta) Details zur Entscheidung des Kabinetts, den Hochwasserschutz in Niederbayern zu forcieren (wir berichteten gestern) hat Staatssekretär Bernd Sibler (Plattling) vorgelegt: Höchste Priorität habe die Instandsetzung der schwer geschädigten Deiche und Schöpfwerke in den niederbayerischen Landkreisen, welche aus dem 25 Millionen Euro hohen Sofortprogramm der Staatsregierung bewältigt wird.

„In einem ersten Schritt wird nun der Hochwasserschutz zwischen Niederalteich und Winzer angegangen. Zudem soll in Thundorf/Aicha

ein Polder errichtet werden, der die Bewohner von und um Osterhofen bestmöglich schützt“, so Sibler. Für die Umsetzung der Schutzmaßnahmen werden zudem 150 außerplanmäßige Stellen in der Wasserwirtschaftsverwaltung geschaffen.

Die Mittel für Baumaßnahmen im „Aktionsprogramm 2020plus“ des Umweltministeriums wurden in der Kabinettsversammlung von 115 Millionen Euro auf insgesamt 150 Millionen jährlich erhöht. Zusammen mit einem Investitionsvolumen von rund 600 Millionen Euro aus dem Sonderprogramm „Hochwasserschutz Donau“ stehen nun insgesamt 3,4 Milliarden Euro bereit.

Unterdessen kritisierte der Bund Naturschutz die Kabinettsentscheidung als „verzagten Schritt in die richtige Richtung“. Es fehle der Staatsregierung leider der Mut für den eigentlich dringend nötigen großen Sprung.

Der stellvertretende BN-Vorsitzende Sebastian Schönauer betonte, ein nachhaltiger Hochwasserschutz sei eine gewaltige gesamtgesellschaftliche Herausforderung und erfordere tiefgreifende, landesweite Änderungen der Landnutzung – „von den kleinen Gräben im Oberlauf bis zur Rückgewinnung der Talauen als Vorranggebiete für Wasser und Natur!“

Am Geld dürfe jetzt nicht gespart werden

Meinungen im SEN-Stammtisch zu den Hochwasserschäden – Jetzt Hochwasserschutz

Plattling. (hk) Auf dem SEN-Stammtisch gab Vorstandsmitglied Dr. Jürgen Renker eine Erklärung zu den Hochwasserschäden und den Geschädigten ab, von denen so gut wie keiner eine Elementarversicherung hat, die für alles aufkommt. „Ich war eineinhalb Stunden mit einem Einsatzfahrzeug unterwegs. Was ich gesehen habe, war einfach schlimm“, so Renker zu Beginn seiner Ausführungen.

Der Deggendorfer Stadtrat ging nach der Schilderung der katastrophalen Zustände in den betroffenen Gebieten auf dort wohnende SEN-Mitglieder ein, die er namentlich nannte und die auch jeder kannte. Es handelte sich dabei um Familien in Fischerdorf, deren Betriebe vernichtet wurden, um weitere Familien in Niederaltleich und Winzer, die das gleiche Schicksal erlitten. „Weil überall gesammelt und gespendet wird, war es unsere Idee“, so Dr. Renker, „dass auch wir spontan etwas machen. Ziel ist, dass unsere Mitglieder sehen, dass sie nicht vergessen sind. Was wir hier zusammenbringen, kann dann aus der SEN-Kasse aufgestockt werden.“

Der Vorschlag löste eine kurze Diskussion darüber aus, wie es vielleicht anders oder noch besser gemacht werden könnte. Franz Forster schlug zum Spenden die Konto-Lösung vor, die jedoch wegen der langen Dauer und des damit verbundenen Arbeitsaufwandes verworfen

wurde. Alt-OB Görlitz meinte, dass andere Mitglieder, die nicht am Tisch sind, sich ausgeschlossen fühlen könnten, weil sie auch gerne spendet hätten. Staatssekretär Sibler meinte hierzu an: „Das Signal ist gut. Aber zuerst sollte geklärt werden, wer überhaupt einen Bedarf hat und wenn es um Geld geht, brauchen wir einen Beschluss.“ Zu klären sei auch, ob jeder den gleichen Betrag erhalten solle, so Sibler.

Weiter wurde aus der Runde die Frage gestellt, ob der geringe Betrag nicht auch beleidigend wirken könnte. Die Meinungen waren verschieden. Letztlich wurde aber voll und ganz auf den Vorschlag von Dr. Renker eingegangen und auch anerkannt, dass die gezeigte Geste der Solidarität die Hauptsache ist und nicht die Höhe des Betrages.

Deggendorfs Altoberbürgermeister Dieter Görlitz berichtete den Anwesenden, dass sich Hochwassergeschädigte von Natternberg und Fischerdorf auch an ihn um Hilfe gewandt hätten. „Ich habe den Leuten sagen müssen, dass ich ihre Anliegen nur weiterleiten kann. Deshalb bin ich besonders froh, dass heute in Person von Bernd Sibler ein Staatssekretär und Kabinettsmitglied da ist.“ Görlitz schilderte die erschütternden Schicksale von Menschen, die für ihr Anwesen oft ihr Leben lang gearbeitet und gespart hatten, um dann in wenigen Stunden vor dem Aus zu stehen. „Die Leute erwarten von den Prominenten die vor Ort waren, dass jetzt auch wirklich genug Geld bereit gestellt wird. Die sagen nämlich“, so Görlitz, „für Griechenland waren 45 Milliarden Euro da und für das Drohnenprogramm wurden Millionen zum Fenster hinausgeworfen. Deshalb dürfen wir jetzt auf keinen Fall kleinlich sein. Sind wir es, dann verlieren wir erheblich an Zustimmung. Das betrifft auch das Demokratieverständnis“, warnte Deggendorfs Alt-OB.

Hilfe beim Ausfüllen der Anträge

Görlitz weiter: „Wir haben viele Fragen, die wir an einen Kompetenzzentrum stellen wollen, der aber nicht zurückschimpft. Wir brauchen auch Hilfe beim Ausfüllen der Anträge. Deshalb wenden wir uns an euch.“ Görlitz sagte der Tischrunde, dass es für die GSU und die SEN selbstverständlich sein muss, da zu helfen. „Es muss Leute geben“, schlug

der Alt-OB vor, „die zu den Hochwassergeschädigten hingehen und nicht, dass die auch noch in die Ämter müssen.“ Ganz konkret ging Görlitz auf die Fischerdorfer Bewohner ein, die nun für alles über die Donaubrücke gehen müssen. Der Metzger habe ihr gesagt, so Frau Renker in die Runde: „Ich bin jetzt über 60 Jahre alt, wenn mir nicht geholfen wird, dann mache ich zu.“

Staatssekretär Sibler berichtete von einem Besuch ohne Presse in Niederaltleich, der sehr bewegend für ihn gewesen sei. Da sei nicht nur miteinander gesprochen worden, „da habe ich die Menschen auch weinen sehen.“ Sibler bezeichnete die Soforthilfe für Haushalte und Gewerbetreibende als gut. Das Geld sei aber nur so etwas wie eine Erste-Hilfemaßnahme. 25 Millionen Euro habe das Kabinett vorerst beschlossen.

Für Fischerdorf besonders tragisch

Für Fischerdorf sei alles besonders tragisch abgelaufen. Sibler hinsichtlich der Hochwasserschutzmaßnahmen dazu: „Wäre das Hochwasser nächstes Jahr gekommen, dann wäre nichts passiert.“ Der Staatssekretär nannte weitere Zahlen. Danach gibt es 10.000 Euro für Ölgeschädigte und 100.000 Euro für Gewerbetreibende. „Ist der Schaden so groß, dass er existenzbedrohend ist, dann ist die Hilfe unbegrenzt, auch für Private.“

Allgemein festgestellt wurde, dass kaum jemand eine Elementarversicherung hat, die für alle Schäden aufkommt. Tenor im Landratsamt sei, so Sibler weiter: „Schnelle Hilfe ist gute Hilfe.“ Drei Millionen seien bereits vom Amt ausbezahlt worden, habe Landrat Bernreiter gesagt, und wenn das Geld nicht reiche, werde nachgeschossen. „Wir müssen den Menschen jetzt einfach Alternativen bieten, die ihnen wieder Hoffnung geben. Neben diesen konkreten Hilfen ist es aber auch sehr wichtig“, betonte der Plattlinger, „dass wir für die Leute einfach da sind.“

Erfreut über das hohe Spendenaufkommen

Auch über das hohe Spendenaufkommen zeigte sich Staatssekretär Sibler sehr erfreut und bemerkte dazu: „Die Leute können alles brau-

chen. Gesucht sind jetzt Elektrotechniker. Wenn es drauf ankommt, helfen und halten alle zusammen. Besonders als BRK-Vorsitzender sage ich: Es wurde Unglaubliches geleistet. Aus ganz Bayern sind die BRKler und auch das THW gekommen, um den Leuten beizustehen. Ein SEN-Mitglied verlangte, die Versicherungswirtschaft zu zwingen, für Elementarversicherungen bezahlbare Beiträge zu gewähren. Sibler meinte dazu, dass der Druck der Ereignisse und Schnelligkeit für so etwas keine guten Berater seien und brachte das Gespräch in eine andere Richtung. Es ging dabei für Geschädigte um Stundungen, weil das Finanzamt sich mit Zahlungsverchiebungen einverstanden erklärt habe.

Abschließend drückte der Staatssekretär seine Hochachtung für Landrat Bernreiter und den Deggendorfer Oberbürgermeister aus und hob hervor: „Leute wie Bernreiter und Dr. Moser zu haben, die mit ihren Entscheidungen dem Hochwasser immer einen Tag voraus waren, ist von größter Wichtigkeit, denn das hat auch Menschenleben gerettet.“ In diesem Zusammenhang erwähnte Sibler auch den Plattlinger Hermann Waas, der mit seinen Kiesaufschüttungen an den Dämmen Enormes geleistet habe. Aber nicht nur die Leute an vorderster Front wurden vom Kabinettsmitglied gelobt, sondern auch jene, die unsichtbar im Hintergrund arbeiten wie die Beamten im Landratsamt, die während der höchsten Not und Gefahr rund um die Uhr gearbeitet hatten. Sibler erinnerte an die Kritiker der Vergangenheit, denen die Anzahl der Feuerwehren zu viel und die immer wieder neuen Fahrzeuge zu teuer waren und sagte in diese Richtung: „Jetzt sind auch diese Leute froh, dass die angeblich zu vielen Wehren mit ihren neuen Fahrzeugen da sind. Fest steht, auch die Feuerwehren haben bisher Großartiges geleistet.“

Gesamtkonzept für Hochwasserschutz

Als aus der Versammlung wegen dem langsamen Vorwärtkommen beim Hochwasserschutz das Wort Enteignung in die Runde geworfen wurde, betonte Sibler: „Enteignungen stehen jetzt erst einmal ganz hinten. Aber auch der Naturschutz muss sich jetzt bewegen und sich nicht mehr wie in der Vergangenheit

an jedem Pflänzchen hochziehen“, mahnte der Staatssekretär: „Was wir jetzt brauchen, das ist ein Gesamtkonzept für den Hochwasserschutz, denn da, wo der Freistaat hat zügig bauen können, da habe alles funktioniert und nichts sei passiert. In einer Situation wie dieser müsse auch daran erinnert werden, dass die Staatsregierung bereits vor den Katastrophen bereits 600 Millionen Euro für den Hochwasserschutz beschlossen hat.“

Zum Schluss kam aus der Tischrunde noch Wut über FW-Chef Hubert Aiwanger auf, der mit seinen ständigen Beschimpfungen gegen die Staatsregierung in Bayern herumlaufe und die Leute verärrt mache. Sibler dazu: „Es verbietet sich eigentlich aus der jetzigen Lage im Lande politisches Kapital herauszuschlagen zu wollen. Das kommt bei den Leuten nicht gut an.“

Stephansposching feiert dreitägiges Sportfest

Stephansposching. Die SpVgg Stephansposching feiert vom 5. bis 7. Juli ihr großes Sportfest. Der Freitag beginnt um 18.30 Uhr mit dem Bieranstich. Es folgt die dritte Gemeindefeierschmiede im Partnerverband. Hohe Geld- und attraktive Sachpreise können sich die Kartler holen. Die Startgebühr beträgt zehn Euro.

Am Samstag geht es bereits um 8 Uhr los, wenn sich Jugendliche sowie Erwachsene in verschiedenen Leichtathletikwettkämpfen messen. Um 13.30 Uhr tritt die Jugend zu einem EinlageSpiel an. Von 14 bis 16 Uhr ruft die SpVgg den Behinderten- und Seniorennachmittag aus. Ab 14.30 Uhr wird das All-Kleinfeldturnier ausgetragen. Die Siegerehrung, die Verleihung der „Silbernen Raute“ und der Biergartenbetrieb mit der Band „Nimm 3“ beginnt um 19.30 Uhr. Zum späten Abend gegen 21 Uhr steht die Bar offen.

Ab 11 Uhr startet die SpVgg mit dem Mittagstisch in den Sonntag. Es folgen Mitgliederversammlungen. Um 13 Uhr gibt es wieder ein EinlageSpiel der Jugend und um 15 Uhr Enteignung in die Runde geworfen wurde, betonte Sibler: „Enteignungen stehen jetzt erst einmal ganz hinten. Aber auch der Naturschutz muss sich jetzt bewegen und sich nicht mehr wie in der Vergangenheit

Durchgehend ist der Bierzeltbetrieb mit Grillspezialitäten und bayerischen Schmankerln.

Öffnungszeiten der Wertstoffhöfe in den Sommermonaten

Plattling: Dienstag von 13 bis 17 Uhr; Mittwoch von 9 bis 12 Uhr; Freitag von 9 bis 17 Uhr; Samstag von 9 bis 16 Uhr.
Aholming: Freitag von 13 bis 17 Uhr; Samstag von 9 bis 12 Uhr.
Moos: Dienstag von 15 bis 17 Uhr; Freitag von 14 bis 17 Uhr; Samstag von 9 bis 12 Uhr.
Wallerfing: Freitag von 13 bis 17 Uhr offen; Samstag von 9 bis 12 Uhr.
Stephansposching: Donnerstag, 14 bis 18 Uhr; Samstag 9 bis 12 Uhr.
Olzing: Mittwoch von 13 bis 17 Uhr; Freitag von 13 bis 17 Uhr geöffnet; am Samstag von 9 bis 12 Uhr.

Hochwasserschutz im Landkreis wird forciert

Vorrangige Maßnahmen in den stark betroffenen Regionen Deggendorf und Straubing

Deggendorf. (da) Der Hochwasserschutz in Bayern und insbesondere in Niederbayern wird intensiviert und beschleunigt. Höchste Priorität hat die Instandsetzung der schwer geschädigten Deiche und Schöpfwerke in den niederbayerischen Landkreisen, welche aus dem 25 Millionen Euro hohen Sofortprogramm der bayerischen Staatsregierung bewältigt wird. Die Staatsregierung hat darüber hinaus 150 außerordentliche Stellen für die Wasserwirtschaftsämter sowie die Umsetzung eines beschleunigten Hochwasserschutzes im Rahmen des „Aktionsprogramms 2020plus“ beschlossen, um mit weiteren Hochwasserschutzmaßnahmen früher beginnen zu können.

Mit höchster Priorität werden Deichbruchschäden und weitere Schäden an den kritischen Stellen im Bereich der Isarmündung in der Nähe von Fischerdorf und Isarmünd sowie an den Donaudüden zwischen Straubing und Passau, darunter vor allem der Bereich rund um die Insel Gstütt, die Ortschaft Künzing und Auerwörth, behoben.

Neben den Bruchstellen werden insbesondere die stark durchfeuchteten sowie von Erosionen und Sa-

ckungen beeinträchtigten Deichabschnitte vollständig saniert. „Die Deiche, wie etwa der linke Isardeich, der beim aktuellen Hochwasser gebrochen ist, wird nun nach dem neuesten technischen Ausbaustand saniert, um die Anwohnerinnen und Anwohner insbesondere in den Bereichen Fischerdorf, Naternberg sowie Altholz bei einem möglichen neuen Hochwasser bestmöglich zu schützen“, so Kultusstaatssekretär Bernd Sibler (CSU) zu den Maßnahmen aus dem Sofortprogramm.

Zusätzlicher Schutz

Als zusätzliche Schutzmaßnahmen sollen in Isarmünd sowie an der Mülhamer Schleife Flutpolder mit einer zweiten Deichlinie errichtet werden, um künftig Siedlungen und Infrastruktureinrichtungen auch vor einem hundertjährigen Hochwasser ausreichend zu sichern. Für die zweite Deichlinie an der linken Isarseite läuft aktuell bereits das Planfeststellungsverfahren beim Landratsamt Deggendorf, mit dem Neubau des Schöpfwerkes Fischerdorf-Am Saubach wird in diesem Jahr noch begonnen. Um das

600-Millionen-Euro teure und damit bayernweit größte Hochwasserschutzvorhaben, das Sonderprogramm „Hochwasserschutz Donau“ zu forcieren, hat die Staatsregierung zudem beschlossen, bis zu 50 Millionen Euro für das Jahr 2014 für den Grundstückserwerb und Baumaßnahmen an der Donau zu verausgaben. „In einem ersten Schritt wird nun der Hochwasserschutz zwischen Niederalteich und Winzer angegangen, wie mir bei der Sondersitzung des Ministerrats am Montag versichert wurde. Zudem soll in Thundorf/Aicha ein Polder errichtet werden, der die Bewohner von und um Osterhofen bestmöglich schützt“, so Sibler. Für die Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen werden zudem 150 außerreguläre Stellen in der Wasserwirtschaftsverwaltung geschaffen. „Die Bewältigung solcher Katastrophen ist nur möglich, wenn erfahrene Fachkräfte und Personal vor Ort sind, um Deiche und Sicherungsmaßnahmen, insbesondere auch vor Katastrophen, zu pflegen und zu unterhalten. Ich begrüße es deshalb sehr, dass voraussichtlich insbesondere das Wasserwirtschaftsamt Deggendorf als ein Schwerpunkt

zusätzliche Stellen erhalten wird. Diese sollen dann für die fachliche Begleitung der Hochwasserschutzprojekte, die Einbindung von Bürgern, Kommunen und Verbänden sowie für Wasserbauarbeiten an den Flussmeisterstellen, für den Betrieb der Schöpfwerke an der Binnenentwässerung hinter den Deichen, für die Deichkontrollen sowie für die fachliche Anleitung von Katastrophenschutzkräften zuständig sein. Insbesondere auch die Wasserbauarbeiter haben mit ihrer hervorragenden Arbeit im Zuge der Hochwasserkatastrophe gezeigt, wie bedeutsam ihre Arbeit ist, so dass ich einen Ausbau an dieser Stelle sehr unterstütze“, wertet Sibler die geplante Stellenhebung.

Die Mittel für Baumaßnahmen im „Aktionsprogramm 2020plus“ des bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit wurden in der Sondersitzung des bayerischen Kabinetts am Montag von 115 Millionen Euro auf insgesamt 150 Millionen jährlich erhöht. Zusammen mit einem Investitionsvolumen von rund 600 Millionen Euro aus dem Sonderprogramm „Hochwasserschutz Donau“ stehen nun insgesamt 3,4 Milliarden Euro bereit.

Lesen Sie DIE WELT auf allen digitalen Kanälen. Jetzt mit ePaper testen. Nur 0,99 € im 1. Monat.



Jetzt bestellen

München

18.06.13 Bayern

35 Millionen Euro mehr für Hochwasserschutz

Langsam entspannt sich die Hochwasserlage in Bayern. Um Dämme zu reparieren und weitere Schutzmaßnahmen zu schaffen, hat der Landtag nun das Jahresbudget von 115 auf 150 Millionen Euro erhöht.



Foto: dpa

Autos fahren über die Autobahn A92 kurz vor dem Kreuz Deggendorf in Bayern, während am Rand noch Sandsäcke gestapelt sind

Bild teilen

ARTIKEL EMPFEHLEN

0 2 0

E-Mail Empfehlen Twittern

Kommentare Drucken

Mitmach-Aktion Facebook Youtube

BLACKBERRY

MEISTGELESENE ARTIKEL

- 1. Wetter Auf Hitzewelle folgt Kaltfront - "Es wird krachen"
2. Altersabsicherung Warum die Rente mit 69 allen Deutschen helfen soll
3. Apple-Konkurrenz Huawei präsentiert das dünnste Handy der Welt
4. Neuzulassungen Europas Käufer lassen neue Autos auf dem Hof stehen
5. Sklaverei in Ohio Behinderte Mutter und Kind zwei Jahre lang gequält

IMMOBILIEN

IMONET

OBJEKTTYP Wohnimmobilien
IMMOBILIENART Wohnung

Suchen

NEUESTE BILDERGALERIEN



WEITERFÜHRENDE LINKS

Hochwasser: 100 Euro Fluthilfe = 1 Punkt weniger in Flensburg

Bayern nach der Flut: Jetzt muss das Geld fließen - aber wer bezahlt?

Hochwasser in Bayern: "Gemeinwohl wichtiger als Individualrechte"

Deggendorf-Drama: "Man hat Tränen in den Augen, wenn man das sieht"

Als Konsequenz aus der Hochwasserkatastrophe stockt die bayerische Staatsregierung die finanziellen Mittel für den Hochwasserschutz deutlich auf: Von 115 auf 150 Millionen Euro pro Jahr. Das beschloss das schwarz-gelbe Kabinett am Montagabend auf einer Sondersitzung in München.

Gleichzeitig sicherten Ministerpräsident Horst Seehofer und Finanzminister Markus Söder (beide CSU) den Hochwasseropfern zu, dass Zusagen zu Finanzhilfen in jedem Fall eingehalten werden - egal welche Absprachen bei dem nationalen Acht-Milliarden-Euro-Fonds getroffen werden.

"Wir werden unsere Versprechen erfüllen, gehen Sie davon aus", betonte Seehofer. In Berlin versucht der Freistaat aber, den Länder-Anteil an dem nationalen Hilfsfonds merklich zu drücken.

Flutkatastrophen

Hochwasserschutzmaßnahmen an der Donau hinzu, gibt der Freistaat künftig bis zu 235 Millionen Euro jährlich für Dämme, Deiche und Rückhaltebecken aus – rund doppelt so viel wie bisher.

"Das sind wir den Menschen in den betroffenen Regionen schuldig", sagte Seehofer.

Mit dem Geld sollen nach Angaben von Umweltminister Marcel Huber (CSU) zunächst beschädigte Dämme und Deiche in den Flutgebieten so schnell wie möglich repariert werden. Zudem soll der Bau neuer Hochwasserschutzmaßnahmen beschleunigt werden.

Huber betonte: "Das in die Sicherheit angelegte Geld ist hoch rentabel: Mit einem Euro Investition können sieben Euro an Schäden verhindert werden."

Um Planung und Bau neuer Anlagen zu beschleunigen, wird das Personal im Wasserbau aufgestockt: um 150 Stellen, befristet bis zum Jahr 2022.

Enteignungen als letztes Mittel

Enteignungen etwa von Landwirten, die sich beim Bau neuer Hochwasserschutzmaßnahmen quer legen, will die Staatsregierung nur als Ultima Ratio.

"Das ist der unangenehmste und der langwierigste Weg. Deshalb versuchen wir, alles im Konsens zu machen", sagte Huber. "Wir wollen die Menschen vor Ort bei der Umsetzung der Maßnahmen mitnehmen und damit langwierige Gerichtsverfahren vermeiden." Vorgesehen sind Flächentausche oder Entschädigungszahlungen.

Den bayerischen Hochwasseropfern hatte das Kabinett in den vergangenen Wochen bereits konkrete Hilfszusagen gemacht und etwa die Obergrenze für finanzielle Hilfen pro Haushalt verdoppelt.

Die gesamten Hilfen sollen nun aber über den nationalen Hilfsfonds abgewickelt werden – weshalb die Richtlinien für die einzelnen Hilfszahlungen bundesweit abgestimmt werden sollen. Der Freistaat will aber nicht mehr hinter seine gemachten Zusagen zurückgehen.

Bayern will weniger in großen Topf zahlen

Söder stehen aber schwierige Verhandlungen mit dem Bund und mit seinen Länderkollegen über die Ausgestaltung des Fonds bevor.

Er kündigte am Montagabend an, Bayern wolle den Länderbeitrag für den Fonds merklich senken. Der Freistaat sei selbstverständlich bereit, an dem Fonds mitzuarbeiten, müsste aber nach derzeitigem Stand rund 65 Millionen Euro jährlich und damit in zehn Jahren 650 Millionen Euro einzahlen. "Den Betrag wollen wir deutlich reduziert sehen."

Konkret schlug Söder vor, die Zahlungen der Länder in den bestehenden Deutsche-Einheit-Fonds anzurechnen. Damit würden die Länder-Lasten an dem neuen Hochwasserhilfe-Fonds sinken. "Das wäre ein gutes Signal", sagte der CSU-Politiker.

Zudem will Bayern erreichen, dass auch der Bau neuer Hochwasserschutzmaßnahmen über den Fonds abgewickelt werden kann und die Kosten dafür entsprechend angerechnet werden



Hypo-Kunsthalle Meisterwerke nordischer Malerei



Bayern Diese Landmädchen posen im Jungbauernkalender

TWAGO.DE

ANZEIGE

Finden Sie Freiberufler für Ihr Projekt!



> Kostenlose Anfrage

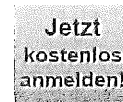
WETTER IN MÜNCHEN

Wolkig 33°C

Wettervorhersage

Biowetter

PERFORMANCE ADVERTISING TIPPS



Professionell Netzwerken XING ist die beste Adresse für berufliche Kontakte!

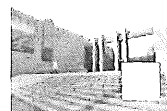


Aktion Deutschland Hilft Das Hochwasser hat verheerende Schäden verursacht. Zehntausende stehen vor dem Nichts.



Urlaub mit Genuss Sommer an der Südsteirischen Weinstraße in Österreich: Angebote ab 120 € / 3 ÜN!

NEUESTE VIDEOS



DW - Hin & weg München - Tour durch die Museumslandschaft



Nackte Popos Eisbaden in Berlin - Biergarten in München



"O'zapft is!" Feierstimmung auf dem Oktoberfest – trotz Regen



Oktoberfest Ozapft is! Und zwar mit nur zwei Schlägen

ONLINEFOTOSERVICE.DE

ANZEIGE

10 Euro Gutschein für Ihr CEWE FOTOBUCH XL & XXL

Jetzt Vorteil sichern

OVB online vom 19.06.13

Mit Geocaching, der Kunstbaustelle und einer Diskussion mit Umweltminister Dr. Marcel Huber versuchte der Kreisjugendring (KJR) die jungen Leute für das Thema "Energiewandel - und jetzt?" zu sensibilisieren.

© OVB

Schnitzeljagd mit dem Umweltminister: Der Kreisjugendring lud Dr. Marcel Huber zum Geocaching mit GPS und Smartphone ein. Danilo Dietsch von Q3, Quartier für Medien, Bildung und Abenteuer (rechts) organisierte dies zusammen mit KJR-Geschäftsführerin Kristin Hüwel (Zweite von rechts vorne). Foto kla

Waldkraiburg - "Hochwasserminister" Dr. Marcel Huber berichtete den Jugendlichen und Erwachsenen, die zum KJR gekommen sind, aktuell von seinen Einsätzen in den vergangenen zwei Wochen und leitete so gleich über zum Thema "Energiewandel - und jetzt?"

Anhand der starken Niederschläge sei die Dimension des Klimawandels spürbar. Das Hochwasser sei ein Ergebnis kumulierter extremer Wetterereignisse. Durch die Niederschläge seien alle Fluss-Systeme überlastet gewesen. "Ich erwarte, dass uns solche Wetterkatastrophen in Folge des Klimawandels immer wieder heimsuchen", so Minister Huber. Er lobte das KJR, dieses wichtige Thema aufzugreifen. Die Problematik sei noch nicht in allen Köpfen verankert, dabei müsste jeder seinen Beitrag leisten - vom Gebrauch der Glühbirne bis zur Nutzung sinnvoller Heizsysteme.

Kristin Hüwel, Geschäftsführerin des KJR, betonte ihr Bedauern, dass nicht mehr Jugendliche gekommen waren. "Also muss man die wenigen, die sich interessieren und was tun, unterstützen," sagte sie, "damit wir auch später noch in einer Welt leben, die lebenswert ist". Großes Lob gab es für den Kurzfilm, den die Oberstufe des Gymnasiums Waldkraiburg im Profulfach Theater und Film erstellte. Die Botschaft: "Umweltbewusstsein ist sexy". In dem Kurzfilm entscheidet sich ein junges Mädchen für einen "ökigen Birkenstock-Typen" mit Bart und Radl, gegen einen Schnösel im teuren Auto, der seinen Müll aus dem Fenster wirft.

Zwei Vertretern der Schüler, als Eisbären verkleidet, schüttelte Marcel Huber die Hand und sagte augenzwinkernd "klasse, wenn man als Tierarzt mal einem Eisbären die Hand geben kann". Der Kurzfilm wurde im Rahmen der "Kunstbaustelle" gezeigt. Dazu hatten Acht- und Elftklässler auch Bilder, Collagen und Fotos zum Thema "Energiewende" eingereicht. Die zwei "Bären" gehören auch zu den "Müpfen", der Jugendgruppe des Bund Naturschutzes, die den Fotowettbewerb für sich entscheiden konnte. Dafür überreichte ihnen der Minister einen Bildband über Bayern. Einen Eisgutschein gab es für das beste Bild, das Tanja Stockhammer gestaltet hatte.

Anschließend ging es ins benachbarte Wäldchen. Stefanie Pickl von Q3, Quartier für Medien, Bildung und Abenteuer, mit dem der KJR zusammenarbeitet, führte den "völlig blanken" Huber ins Geocaching ein - Schnitzeljagd mit GPS und Smartphone. Pickl sagte, so wolle man Kinder und Jugendliche für Umweltbildung begeistern und Smartphones seien für die ja immer eine spannende Sache.

Der Minister folgte den Anweisungen auf dem GPS-Gerät, die Eisbären, Vertreter des KJR, die Müpfe und einige Eltern taten es ihm gleich. Ein "Schatzkästchen" war unter der Bank versteckt. Die Kinder öffneten sie. "Wer mag, legt einen kleinen Gegenstand hinein oder tauscht einen aus. Auf der Homepage kann man nun vermerken, dass und wo man den "Schatz" gefunden hat", so Danilo Dietsch von Q3. Natalie und Markus aus Kraiburg finden das ganz spannend und beantworten die Fragen, die die App auf ihrem Tablet-Pc stellt, ohne Weiteres. Etwa: Woran erkennt man das Alter eines Baumes? "Das ist cool. Ich würde das auch in meiner Freizeit machen", sagt das 13-jährige Mädchen. Sie ist auch ein "Müpfe".

Anschließend ging es zurück in die Halle zur Diskussion mit dem Minister. Die Kinder und Jugendlichen sollten Fragen stellen, doch waren es hauptsächlich die Erwachsenen, die in einen angeregten Austausch mit dem Fachmann einstiegen.

Eine Anregung aus dem Publikum für den "Wiederaufbau nach dem Hochwasser": Wer sich energieeffiziente Geräte anschafft, sollte besondere staatliche Unterstützung bekommen. Laut Minister ein kluger Gedanke, allerdings hätten die Menschen, etwa in Deggendorf, jetzt andere Gedanken. "Sie sind verzeifelt. Manche haben gar nichts mehr. Von der Soforthilfe müssen die ganz andere Dinge beschaffen. Die sind froh, wenn sie einen alten Kühlschrank geschenkt bekommen." Eindrucksvoll schilderte Marcel Huber seinen Einsatz an den Deichen, alle lauschten gebannt den Schilderungen. Die Situation etwa in Niederalteich sei lebensgefährlich gewesen, teilweise sei es nur noch darum gegangen "Leib und Leben zu retten."

Ein Mann wollte wissen, wie Dr. Huber zum "Fracking", der umstrittenen Erdgasförderung, bei der in technischen Tiefbohrungen eine Flüssigkeit - "Fracfluid" - eingepresst wird, um im Reservoirgestein Risse zu erzeugen (Anm. d. Red.), steht. "Solange ich Umweltminister bin, werden wir das verbieten", erklärte dieser. Die Förderung erfolge mit einer hochgiftigen Substanz. "Wir wissen ja nicht, ob und wann diese aus der Erde wieder hochkommen", so Huber.

Weiter ging es um den Hochwasserschutz, den sanften Donauausbau, Renaturierungsflächen für Flüsse. Es müssten laut Minister mehr Retentionsflächen geschaffen werden, ebenso Polderflächen. Letztere könnten von Bauern bewirtschaftet werden, im Ernstfall geflutet und der Ernteschaden würde ersetzt werden.

Interessant wurde es beim Thema Speicherkapazitäten für Ökostrom. Etwa wenn überall die Sonne scheint, die PV-Anlagen so viel produzieren, dass man nicht wisse, wohin mit dem Strom. Da wären große Pumpspeicherkraftwerke von Nöten, allerdings, so Huber, habe man in Bayern nicht die geologischen Voraussetzungen. "Man wird chemisch speichern müssen." Noch mache die Elektrolysetechnik für die Umwandlung von Strom in Wasserstoff Schwierigkeiten. Auch sei dafür die Infrastruktur noch nicht da. Anders bei der Methangasumwandlung, denn es gebe ja schon die Gastankstellen und etwa die Brennstoffzelle. Allerdings sei die Technik noch teuer und kämpfe mit dem Wirkungsverlust. "In der Speichertechnologie wird es erst mittelfristig zu einem Erfolg kommen", glaubt der Umweltminister.

Sein Fazit zum Weg ohne Kernenergie: "Wir befinden uns in einem Versuchslabor, weil wir eine Industrieregion mit 80 Millionen Einwohner auf regenerative Energien umstellen. Das bedeutet größte Anstrengungen. Aber es ist zu machen." Er setze auch auf die jungen Leute, ihre gute Ausbildung und Innovationskraft. kla

Söder warnt vor Überforderung

Die Länder ringen mit dem Bund um das Regelwerk für den Hochwasser-Fonds, deshalb stellt der Finanzminister schon mal klar: „Es sollte am Ende nicht sein, dass die Bayern sich helfen, anderen helfen und keiner hilft Bayern.“

VON FRANK MÜLLER
UND MIKE SZYMANSKI

München – Bayern steht bei der geplanten Fluthilfe für die Hochwasseropfer vor schwierigen Verhandlungen mit dem Bund. In der vergangenen Woche hatte Kanzlerin Angela Merkel mit den Ministerpräsidenten der Länder einen Bund-Länder-Fonds mit einem Volumen von maximal acht Milliarden Euro vereinbart. Aus diesem Topf sollen alle Schäden beglichen werden. Jetzt wird um die Ausgestaltung gerungen: Wer zahlt wie viel? Noch sind viele Fragen ungeklärt, dabei hat Bayern den Opfern schon großzügige Zusagen gemacht. Ministerpräsident Horst Seehofer und sein Finanzminister Markus Söder (CSU) versicherten am Montag, der Freistaat stehe zu seinen Zusagen. „Wir werden unsere Versprechen einhalten“, sagte Seehofer. „Wort für Wort.“

Seehofer sagte: „Es ist meine Aufgabe, mit zufriedenstellenden Lösungen zurückzukommen.“

Am Abend traf sich das Kabinett zu einer Sondersitzung, um seine Verhandlungsposition zu klären. Von diesem Dienstag an diskutieren die Finanzpolitiker der Länder mit dem Bund, wie das Geld genau aufgebracht werden soll. Söder fuhr deswegen noch am Abend nach Potsdam. Das Kabinett lehnte Steuererhöhungen zur Finanzierung klar ab. Das bekräftigte Finanz-

Staatssekretär Franz Pschierer (CSU) nach der Sitzung: „Da gibt es ein klares Nein.“ Seehofer befürwortet eine Bundesanleihe: „Der Bund ist dann der Schuldner dieser acht Milliarden und die Länder tragen ihren Anteil durch die Übernahme der Annuitäten.“ Die Übernahme der Zinsen und der Tilgung würde eine Belastung von jährlich 500 Millionen Euro bedeuten, auf Bayern entfielen. Seehofer zufolge jährlich 75 Millionen Euro.

Die Summen sollen ohne neue Verschuldung und ohne Einschnitte bei bereits beschlossenen Programmen zustande kommen, kündigte Pschierer an. Weder werde von der bereits beschlossenen Tilgung von Staatsschulden etwas zurückgenommen, noch werde es Einschnitte an anderer Stelle geben. Auch die jüngsten Beschlüsse zur Förderung der frühkindlichen Bildung zum Ersatz für die Studiengebühren blieben so in Kraft, versicherte Pschierer. Die Summen könnten durch Umschichtungen oder Steuermehreinnahmen im aktuellen Haushalt bewältigt werden.

Noch ist offen, inwieweit auch die anderen Länder und der Bund sich den weitreichenden Versprechungen der Staatsregierung an die Hochwasseropfer anschließen werden. Spitzenpolitiker von CSU und FDP hatten versichert, niemand werde im Stich gelassen. „Wir werden mit Nachdruck für die bayerischen Positionen eintreten“, sagte Seehofer. Strittig ist offenbar auch noch, ob die von der Ländern bereits begonnene Auszahlung der Soforthilfe über den Fonds abgerechnet wird.

Finanzminister Markus Söder zeigte sich am Montag weniger zuversichtlich, was einen rasche Einigung angeht. „Solidarität ist schnell besprochen, in der konkreten Umsetzung wird es dann sportlich. Es sollte nicht sein, dass am Ende die Bayern

„Solidarität ist rasch besprochen, in der konkreten Umsetzung wird es dann sportlich“

sich helfen, anderen helfen und keiner hilft Bayern“, sagte Söder. Pschierer sagte, mit den Ländergeldern müssten mögliche EU-Hilfen verrechnet werden.

Anders als Seehofer geht Söder nach ersten Berechnungen davon aus, dass im Falle einer Bundesanleihe die Belastungen bei jährlich 66 Millionen Euro liegen könnten. Aber auch diese Summe ist ihm noch zu hoch. „Die Frage wird sein, wie kann man die Belastung der Länder nach unten bringen. Ich möchte, dass es weniger wird.“ Söder will in Berlin vorschlagen, dass Hochwasserschutzmaßnahmen ebenfalls aus dem Fonds bezahlt werden. „Auch das würde uns eine große Entlastungen bringen.“

Söder warnt bereits davor, dass der Freistaat finanziell überfordert sein könnte. Fluthilfe, Hochwasserschutz, Schuldentilgung: „Irgendwann einmal ist auch der starke Freistaat in Bereichen, wo er sagen muss: Achtung! Die Haushaltsziele müssen insgesamt erfüllt werden.“ Die Pläne seines Parteikollegen und Umweltministers Marcel Huber, bis zu 150 zusätzliche

Planstellen in der Wasserwirtschaftsverwaltung zu schaffen, sieht er kritisch. „Ob das nun wirklich im Moment den verbesserten Hochwasserschutz bringt, mehr Beamte anzustellen, das sollte man noch mal genau überprüfen.“

Das Kabinett segnete diese neuen Stellen am Abend allerdings ab. Zusätzlich zu den 150 Stellen muss Huber nun 37 weitere nicht abbauen. Laut Huber erreicht der Freistaat damit allerdings noch längst nicht das frühere Niveau im Wasserbau. Noch 2009 habe es 300 bis 400 Mitarbeiter mehr gegeben als heute, gestand Huber ein. Er erwartet auch Probleme bei der Neubesetzung. „Der Stellenmarkt ist schwierig“, sagte er. „Wir werden den Markt abgrasen.“

Insgesamt zeigte sich die Staatsregierung bemüht, möglichst hohe zusätzliche Mittel für den Hochwasserschutz zu errechnen. Die Rede war zunächst von einer Verdoppelung der zur Verfügung stehenden Gelder. Darin enthalten sind allerdings schon zuvor beschlossene 600 Millionen Euro für den Ausbau der Donau. Diese werden nun beschleunigt abgerufen. Unter dem Strich neu bewilligt sind laut Huber aber lediglich 35 Millionen Euro jährlich bis zum Jahr 2020, also insgesamt 280 Millionen Euro. Damit stehen bis zum Jahr 2020 insgesamt 3,4 Milliarden zur Verfügung, 1,6 davon sind schon verbaut. Nun könnten die bereits beschlossenen Projekte mit erhöhtem Tempo umgesetzt werden, sagte Huber. „Jetzt kann man richtig anpacken.“

Sondersitzung des Kabinetts „Wir halten unsere Versprechen“

Mehr Mittel für den Hochwasserschutz – Seehofer bekräftigt Zusagen

Straubing/München. (dpa) **Als Konsequenz aus der Hochwasserkatastrophe stockt die Staatsregierung die finanziellen Mittel für den Hochwasserschutz deutlich auf: von 115 auf 150 Millionen Euro pro Jahr. Das beschloss das schwarzgelbe Kabinett am Montagabend auf einer Sondersitzung in München. Gleichzeitig sicherten Ministerpräsident Horst Seehofer und Finanzminister Markus Söder (beide CSU) den bayerischen Hochwasseropfern zu, dass Zusagen zu Finanzhilfen in jedem Fall eingehalten werden – egal welche Absprachen bei dem nationalen Acht-Milliarden-Euro-Fonds getroffen werden. „Wir werden unsere Versprechen erfüllen, gehen Sie davon aus“, betonte Seehofer. In Berlin versucht der Freistaat aber, den Länderanteil an dem nationalen Hilfsfonds merklich zu drücken.**

Rechnet man die Kosten für die bereits beschlossenen neuen Hochwasserschutzmaßnahmen an der Donau hinzu, gibt der Freistaat künftig bis zu 235 Millionen Euro jährlich für Dämme, Deiche und Rückhaltebecken aus – rund doppelt so viel wie bisher. „Das sind wir den Menschen in den betroffenen Regionen schuldig“, sagte Seehofer.

Mit dem Geld sollen nach Angaben von Umweltminister Marcel Huber (CSU) zunächst beschädigte Dämme und Deiche in den Flutgebieten so schnell wie möglich repariert werden. Zudem soll der Bau neuer Hochwasserschutzmaßnahmen beschleunigt werden. Huber betonte: „Das in die Sicherheit angelegte Geld ist hoch rentabel: Mit einem Euro Investition können sieben Euro an Schäden verhindert werden.“ Um Planung und Bau neuer Anlagen zu beschleunigen, wird das Personal im Wasserbau aufgestockt: um 150 Stellen, befristet bis zum Jahr 2022.

Enteignungen etwa von Landwirten, die sich beim Bau neuer Hochwasserschutzmaßnahmen quer legen, will die Staatsregierung nur als Ultima Ratio. „Das ist der unangenehmste und der langwierigste Weg. Deshalb versuchen wir, alles im Konsens zu machen“, sagte Huber. „Wir wollen die Menschen vor Ort bei der Umsetzung der Maßnahmen mitnehmen und damit langwierige Gerichtsverfahren vermeiden.“ Vorgesehen sind Flächentausche oder Entschädigungszahlungen.

Den bayerischen Hochwasseropfern hatte das Kabinett in den vergangenen Wochen bereits konkrete Hilfszusagen gemacht und etwa die Obergrenze für finanzielle Hilfen pro Haushalt verdoppelt. Die ge-

samten Hilfen sollen nun aber über den nationalen Hilfsfonds abgewickelt werden – weshalb die Richtlinien für die einzelnen Hilfszahlungen bundesweit abgestimmt werden sollen. Der Freistaat will aber nicht mehr hinter seine gemachten Zusagen zurückgehen.

Söder: Länderbeitrag für den nationalen Fonds merklich reduzieren

Söder stehen schwierige Verhandlungen mit dem Bund und mit seinen Länderkollegen über die Ausgestaltung des Fonds bevor. Er kündigte am Montagabend an, Bayern wolle den Länderbeitrag für den Fonds merklich senken. Der Freistaat sei selbstverständlich bereit, an dem Fonds mitzuarbeiten, müsste aber nach derzeitigem Stand rund 65 Millionen Euro jährlich und damit in zehn Jahren 650 Millionen Euro einzahlen. „Den Betrag wollen wir deutlich reduziert sehen.“

Konkret schlug Söder vor, die Zahlungen der Länder in den bestehenden Deutsche-Einheit-Fonds anzurechnen. Damit würden die Länderlasten an dem neuen Hochwasserhilfe-Fonds sinken. „Das wäre ein gutes Signal“, sagte der CSU-Politiker in München. Zudem will Bayern erreichen, dass auch der

Bau neuer Hochwasserschutzmaßnahmen über den Fonds abgewickelt werden kann und die Kosten dafür entsprechend angerechnet werden können. Und auch die Sofortgelder und Soforthilfen der Staatsregierung für die bayerischen Hochwasseropfer müssten angerechnet werden können, betonte Söder.

Deutschland-Bonds zur Finanzierung des Fonds lehnt Bayern ab – das würde auch eine Neuverschuldung Bayerns bedeuten. Stattdessen soll das Geld über Bundesanleihen besorgt werden – wobei die Lasten dafür von Bund und Ländern gemeinsam getragen würden.

Bause: Mängel im Hochwasserschutz hat die CSU zu verantworten

Grünen-Fraktionschefin Margarete Bause warf der CSU vor, den Hochwasserschutz an der Donau über Jahre hinweg verzögert zu haben – wegen des jahrelangen Festhaltens an einem umfassenden Donau-Ausbau zwischen Straubing und Vilshofen. Das, was man heute an Mängeln im Hochwasserschutz beklage, habe die CSU zu verantworten. Deren Versäumnisse müsse man jetzt mit gigantischem Aufwand reparieren.

„Karriere statt Lehre“

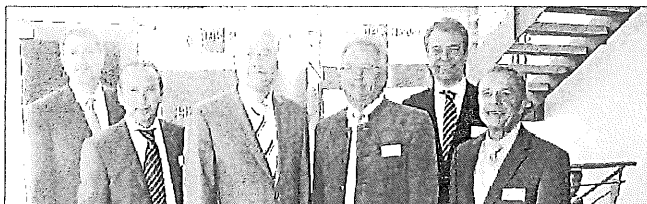
IHK veranstaltete „Tag der Ausbildungschance“

Landau. (sib) „Eine berufliche Ausbildung ist ein Sprungbrett für verschiedene Wege des Berufslebens“, betonte Konrad Treitinger gleich zu Beginn. Der Vizepräsident der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz sprach beim Aktionstag „Tag der Ausbildungschance“ der IHK und HWK am Montagnachmittag in der Landauer Stadthalle.

Verschiedene Referate befassten sich unter anderem mit den Möglichkeiten und Zukunftsperspektiven der Branche, dem Image in der Öffentlichkeit, aber auch mit den Problemen wie beispielsweise dem demografischen Wandel oder dem Trend zu höheren Bildungsab-

schlüssen. Professor Dr. Friedrich Hubert Esser, Hauptredner des Aktionstages und Präsident des Bildungsinstituts für Berufsbildung (BIBB), hob die Erfolgsfaktoren des dualen Bildungssystems in Deutschland heraus und forderte: „Das Stichwort lautet Prävention statt Reparatur. Wir müssen direkt mit den Schulen zusammenarbeiten, das Interesse der Schüler wecken, sie begleiten und ihnen Perspektiven bieten.“

Des Weiteren stellte er die vielfältigen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten vor und verwies auf deren hohen Stellenwert im Ausland. (Ausführlich in einem Teil der Auflage)



Mehr Geld für den Hochwasserschutz

Straubing/München. (dpa) Als Konsequenz aus der Hochwasserkatastrophe stockt die Staatsregierung die Mittel für den Hochwasserschutz deutlich auf: Von 115 auf 150 Millionen Euro pro Jahr. Das beschloss das Kabinett gestern Abend auf einer Sondersitzung in München. Gleichzeitig sicherten Ministerpräsident Horst Seehofer und Finanzminister Markus Söder (beide CSU) den bayerischen Hochwasseropfern zu, dass Zusagen zu Finanzhilfen in jedem Fall eingehalten werden. *Regionales*